

REZENSIONEN

DOI 10.25162/JGO-2018-0007

JGO 66, 2018/1, 145–148

Katalin Gönczi / Wieland Carls

Sächsisch-magdeburgisches Recht in Ungarn und Rumänien. Autonomie und Rechtstransfer im Donau- und Karpatenraum. Unter Mitarbeit von Inge Bily.

Berlin, Boston: de Gruyter, 2014. VIII, 223 S. = Ius saxonico-magdeburgense in Oriente, 3. ISBN: 978-3-11-029730-0.

Das vorliegende Werk stellt den dritten Band einer Forschungsreihe dar, eine Monographie, die Bestandteil eines großen Forschungsprojektes der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig ist. Mit dem Projekt unter dem Titel *Das sächsisch-magdeburgische Recht im Osten*, mit dem Untertitel *Das sächsisch-magdeburgische Recht als kulturelles Bindeglied zwischen den Rechtsordnungen Ost- und Mitteleuropas* wurde bereits im Jahr 2004 begonnen.

Das Ziel der Monographie bestand darin, über eine längere Zeitspanne im Mittelalter und in der frühen Neuzeit das sächsisch-magdeburgische Recht als Mitbegründer der Rechtskultur im Donaauraum und in der Karpatenregion vorzustellen. Es werden die mittel- und osteuropäischen Rechtsordnungen des Mittelalters und der Neuzeit in ihrer Synchronizität und Originalität diskutiert mit dem Ziel, die in der modernen Europäischen Union so oft betonte Idee der europäischen Einheit, also auch der Einheit als Rechtsraum, zu unterstützen. Mit der Formulierung allgemeiner Schlussfolgerungen wird die zu enge nationale Forschung überwunden. Die Autorinnen verfolgen den Zweck, die Verbindung und Verflechtung des ungarischen Stadtrechts (es geht hierbei auch um Siebenbürgen, dem besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird) mit der europäischen Rechtskultur zu beweisen (S. 9). Fachlich konzentriert sich die Untersuchung auf rechtsgeschichtliche und linguistische Aspekte (S. 5), den wissenschaftlichen Ausgangspunkt jedoch bildet eine allgemeingeschichtliche und synthetisierende Einordnung im weiteren Sinne des Wortes, mit einem Schwerpunkt auf der Besiedlungs-, Wirtschafts- und Kulturgeschichte.

Die Mitarbeiter und Projektleiter des ganzen Projektes (E. EICHLER und H. LÜCK) haben den einzelnen Bänden als geographisches Kriterium die heutigen Staatsgrenzen zugrundegelegt. Der vorliegende dritte Band umfasst die heutigen Staaten Ungarn und Rumänien, jedoch belegen die Forschungsergebnisse dieser Monographie im starkem Maße die Überschreitung und Verwischung der heutigen Grenzen; sie verweisen auf die Slowakei und ihre Stadtbildungsprozesse, die im Mittelalter eine außerordentliche Intensität erlangten.

Das Werk besteht von der formalen Seite her aus sieben Hauptkapiteln, die 223 Seiten in Anspruch nehmen. Abschließend wurde dem Werk ein Kommentar zur gegenwärtigen Landkarte Europas mit Identifizierung der bedeutendsten erforschten Städte innerhalb und außerhalb der gegenwärtigen Grenzen Ungarns und Rumäniens beigelegt. Die Monographie ist natürlich mit einem Literaturverzeichnis, einem Verzeichnis der Archivalien und Quelleneditionen und mit einschlägigen Registern (namentlich einem Orts-, einem Personen und einem Sachregister, des Weiteren einem Register der Rechtsquellen, insbesondere der Stadtbücher, und einem Verzeich-

nis der Archive) versehen. Die Mitautorin KATALIN GÖNCZI stellt die grundlegenden Merkmale der mittelalterlichen Rechtsordnung in Hinsicht auf den europäischen Rahmen der Rezeption des römischen Rechts, die in anderen Teilen Europas meist im Stadtrecht nachzuweisen ist, vor. Im Anschluss bietet sie eine Zusammenfassung der bisherigen Forschung im Bereich des ungarischen Stadtrechts ein.

Das nachfolgende Kapitel ist der Siedlungsentwicklung und vor allem der Entstehung und Entfaltung der Städte gewidmet. Dieses Thema ist bereits recht gut erforscht, jedoch immer noch nicht erschöpfend. Niemand überschätzt heute mehr, und das gilt auch für Katalin Gönczi, den Einfluss des deutschen Rechts (*ius Teutonicum*) beim Rechtstransfer. Es wird im Gegenteil die Heterogenität mehrerer fremder und einheimischer Einflüsse hervorgehoben, die für den Vielvölkerstaat Ungarn so typisch waren. Gönczi geht auch auf die starke Stellung des Königs und seiner Gästepolitik (und unter seinem Einfluss auch der Feudalpolitik) ein. Genauer gesagt handelte es sich um eine in die europäische Bevölkerungsexplosion des 11. Jahrhunderts eingebettete Politik der Aufnahme von fremden und heimischen „Gästen“, die auch in Ungarn erfolgreich war. Die Schlussfolgerungen stimmen, zumindest grundsätzlich, mit denen der slowakischen Geschichtsschreibung überein. Als Beispiel sei hier auf eine ausgesprochen auf die Städte orientierte Politik von Belo IV. und der Herrscher aus dem Hause Anjou verwiesen und deren zielgerichtete Verwandlung des Herrschaftsgebiets in ein urbanes Land, ferner auf die Entwicklung des Bergbaus und der Bergbaustädte vor allem im 14. Jahrhundert, die Entstehung der Städtebünde und Zuweisung der Bürger zum vierten Stand am Ende des 14. Jahrhunderts, ein durch Autonomie geprägtes Gerichtswesen in den Städten, eine unabhängige Rechtsprechung auf der Grundlage städtischer Privilegien und die Entstehung eines zweitinstanzlichen Gerichtssystems. Besondere Aufmerksamkeit wird der Zips mit Blick auf die Besiedlung, die Annahme des ersten Privilegs von 1271, das eine aus 24 Zipser Städten bestehende Provinz konstituierte, geschenkt. Es werden auch die Bedeutung der Stadt Pest und ihres Rechtskreises berücksichtigt, der sich erst im Spätmittelalter herausbildete.

Abschließend fasst Katalin Gönczi zwei Merkmale des ungarischen Stadtrechts zusammen: 1) die Entstehung der Städte erfolgte im Vergleich zum übrigen West- und Mitteleuropa etwas später, und 2) die direkte Unterstützung des Königs durch Erteilung und Bestätigung der Stadtprivilegien, die eine sehr intensive und extensive politische Autonomie der Städte ermöglichten, ist markant. Die Politik zugunsten der Städte fand 1526 bekanntermaßen ihr Ende: Der größere Teil Ungarns büßte seine Selbständigkeit ein und es kam zur dauernden Bedrohung durch die Türken (dies galt besonders für slowakische Städte) in der Neuzeit, was die vielversprechende Entwicklung der Städte zum Stocken brachte oder zumindest erschwerte und verlangsamte.

Von grundlegender Bedeutung ist das Kapitel über die Übertragung des sächsisch-magdeburgischen Rechts (S. 79–114) mit der Analyse der Gründungsprivilegien ausgewählter Orte und Städte. Die Analyse von Urkunden geht von der bereits früher in der ungarischen, aber auch in der slowakischen Geschichtsschreibung geäußerten Meinung aus, dass die übernommenen Rechtsgewohnheiten (im weiteren Sinne des Wortes Recht) auf den verliehenen Städteprivilegien beruhten (S. 81). Sachlich konzentriert sich die Analyse der Privilegien besonders auf die Erteilung einer eigenen Gerichtszuständigkeit und deren Autonomie in Form einer freien Wahl der Richter und auf die ausdrückliche Bestätigung oder Nichtbestätigung der weiteren Nutzung des Gewohnheitsrechts nach ausländischen oder heimischen Vorbildern.

Sehr problematisch ist die Behauptung auf S. 109, dass die Städte in der Slowakei vom Krakauer Rechtskreis beeinflusst gewesen seien, was nur für die ostslowakische Stadt Pudlein gilt und nicht für den Rest der Slowakei (!). Übertrieben ist auch die Behauptung auf S. 105, dass Pester Recht in der Gerichtspraxis eines übergeordneten, zweitinstanzlichen Tavernikalgerichts für andere königliche Freistädte in ihrem Gerichtswesen maßgebend gewesen sei, und zwar durch Akzeptanz und Justifizierung seiner Urteile. Der Wahrheit näher ist die Meinung von Š. MERTANOVÁ (*Ius tavernicale, Studien zum Prozess der Herausbildung der tavernikalen Städte in den Etappen der Entwicklung des Tavernikalgerichts in Ungarn des 15.–17. Jahrhunderts*. Bratislava 1985, S. 34), dass sich die Sammlung des Tavernikalrechts des Ofner Rechts als einer ihrer Quellen bedient habe, jedoch das Tavernikalgericht, in dem auch tavernikale Städte vertreten waren, das Recht derjenigen Stadt angewandt hat (d. h. ihre Rechtsgewohnheiten und Stadtprivilegien), deren Rechtsprechung vom Tavernikalgericht (als Gericht zweiter Instanz) überprüft wurde. Im Verlauf der Zeit entwickelte das Tavernikalgericht eine originale Gerichtspraxis, wobei seine Beschlüsse *ex post* nicht nur für die Parteien im Gerichtsprozess, sondern auch für die Stadtgerichte erster Instanz in tavernikalen Städten und in ihren Filien verbindlich waren.

Das letzte Kapitel beschreibt die erhalten gebliebenen Rechtsquellen des sächsisch-magdeburgischen Rechts vom 13. bis zum 18. Jahrhundert und konzentriert sich dabei auf den Zustand der Handschriften, ihren Ursprung, ihre Inhaltsangabe mit einer bevorzugten Orientierung auf die Identifizierung der (in)direkten Rezeption der Primär- und Sekundärquellen des sächsisch-magdeburgischen Rechts, sowie auch anderer ausländischer westeuropäischer Quellen in den ungarischen Quellen. Es handelt sich abermals um ein synthetisierendes, deskriptiv angelegtes Kapitel, nicht um eine weitere inhaltlich-rechtliche bzw. linguistische Analyse.

Auf eine komplexe komparative Verarbeitung der Stadtrechte in Bezug auf die Rechtsübertragung bzw. auf den exogenen Einfluss und auf das Vordringen des sächsisch-magdeburgischen Rechts auf unser Gebiet sind weder die ungarische noch die slowakische Geschichtsschreibung eingegangen. Eben darin besteht ein außerordentliches Verdienst dieser Arbeit. Die Autoren betonen zum Abschluss, dass man in einer früheren Phase der Stadtentwicklung nach bisherigem Forschungsstand keine Spuren des Einflusses des sächsisch-magdeburgischen Rechts finden könne. Sie möchten diese Problematik nur skizzieren, weil sonst der Rahmen der vorgelegten Monographie und der ganzen Editionsreihe gesprengt würde. In diesem Zusammenhang sei hervorgehoben, dass die vorliegende Monographie für ausländische, d. h. deutsche Leser bestimmt ist und ihr Ziel darin besteht, auf die grundlegenden stadtbildenden Prozesse in Ungarn und Siebenbürgen hinzuweisen. Darüber hinaus geht es um eine kurz gefasste, in den Hauptzügen prägnante und zutreffende Synthese der Entwicklung ungarischer Städte und der Übertragung des sächsisch-magdeburgischen Rechts in den mittel- und osteuropäischen Raum. Die Ergebnisse der Forschung bestätigen die in der Geschichtsschreibung schon lange vertretene Auffassung der Rechtsfiliation Ungarns zum *ius saxonico-magdeburgense*, auf deren Grundlage man diese europäische Region der westeuropäischen Rechtskultur zugeordnet hat. Seinen Einfluss kann man im Unterschied zum benachbarten Polen als einen direkten oder indirekten Impuls zur Herausbildung des heimischen Stadtrechts interpretieren, bei dem mehrere Einflüsse festzustellen sind. Insbesondere geht es hierbei um das heimische Gewohnheitsrecht (*ius partium*) in seiner Pluralität. Ein weiteres Merkmal der Rechtsübertragung in Ungarn ist, dass das Recht auf freiwilliger Basis angenommen wurde, was, wie die Autoren sagen, auf die „Rationalisierung des Rechts“ im eigenen Interesse der ungarischen Städte zurückzuführen ist.

Abschließend kann festgestellt werden, dass mit dieser Monographie, ihrer Zielsetzung und mit der Art und Weise der Bearbeitung der Problematik sowie auch mit den Forschungsergebnissen ein in vieler Hinsicht impulsgebendes inspirierendes, in den Bereich der interdisziplinären europäischen Geschichtsforschung fallendes Werk gelungen ist.

ADRIANA ŠVECOVÁ und MIRIAM LAČLAVÍKOVÁ

Trnava, Slowakische Republik

JGO 66, 2018/1, 148–150

Marina Soroka / Charles A. Ruud

Becoming a Romanov. Grand Duchess Elena of Russia and her World (1807–1873).

Farnham: Ashgate, 2015. 336 S., 23 Abb. ISBN: 978-1-4724-5701-1.

Großfürstin Elena Pavlovna war eine der bemerkenswertesten russischen Großfürstinnen. Ihr weitgespannter Horizont, ihre breiten Interessen, ihr außerordentlich aktives Engagement in Kultur und Karitas, ihre gesellschaftspolitische Positionierung und natürlich ihr legendärer Salon machen die Württembergerin, die als künftige Gattin von Kaiserbruder Michail Pavlovič im 15. Lebensjahr 1822 nach Russland kam, zu einer der meistgenannten Frauen in Russlands Geschichte des 19. Jahrhunderts. Trotz Bedeutung und Prominenz hat sich die historische Fachwissenschaft der Großfürstin gegenüber erstaunlich zurückgehalten. Sicher, Bruce Lincoln hatte auch zu ihr in Aufsatzform Wesentliches zu sagen; 2011 erschien ein ansprechender Sammelband in St. Petersburg, und schon 1988 hatte eine in der Anlage überschaubare Münchner Dissertation Elena Pavlovna mit August Franz Freiherr von Haxthausen in einer auf die russische Bauernfrage ausgerichteten Studie zusammengespannt. Dennoch trifft das Wort der beiden Autoren über die Großfürstin als „often mentioned but never explained“ (S. 1) ins Schwarze; ihr Buch erfüllt tatsächlich ein großes Forschungsdesiderat.

Die Herangehensweise ist dabei auf geradezu erfrischende Weise konventionell: Keine langatmigen Explikationen über die konstruktivistischen Fallstricke biographischen Arbeitens, keine sich absichernden Selbstrelativierungen, keine ausgedehnten Belesenheitsvorführungen, keine Entschuldigungen, dass das Ausgeführte selbstredend nur eine Ansammlung von Topoi, Narrativen und Konstrukten sei. Stattdessen eine informative, material- und detailreiche biographische Darstellung im klassischen Sinne, von der Kindheit bis zum Tode, strukturiert, je nach Erfordernis, nach persönlichen Stationen oder großem historischen Kontext. Dabei wird der spannende Lebensweg der Charlotte von Württemberg, Nichte von König Wilhelm II. und Tochter des sekundogeborenen, historiographisch schlecht weggekommenen Paul, samt den vielschichtigen Zeitumständen auf sehr plastische Weise erzählt: von Charlottes durchwachsener Kindheit, ihrer Verlobung mit der ‚großen Partie‘ aus dem Hause Romanov, ihrer Umtaufung zur orthodoxen Elena Pavlovna über die unglückliche Ehe mit dem früh verstorbenen Michail Pavlovič, der sie nie

geliebt hatte und mit dem sie dennoch gemeinsam vier ihrer fünf Töchter zu Grabe tragen musste, bis hin zu den einsam-bitteren, zurückgezogenen Spätjahren und dem Tod 1873 in St. Petersburg.

Parallel dazu nimmt das Buch immer wieder die Lebenswelten der Protagonistin in den Blick: die Höfe in Stuttgart und St. Petersburg, das dynastische Umfeld hier wie dort, das nachnapoleonische Europa, das nikolaitische Russland, die Krise des Krim-Krieges und ihre Überwindung im Zeitalter der Großen Reformen. Breitester Raum gebührt hier selbstredend Elena Pavlovnas in seiner Intensität ungewöhnlichem Engagement auf verschiedenen Sektoren. Es sind insbesondere vier Säulen, die das Wirken der Großfürstin über das Durchschnittsniveau anderer eingeheirateter Romanov-Gattinnen im 19. Jahrhundert heben: 1. Ihr „cabinet rouge“ im Michajlovskij-Palast wurde seit den vierziger Jahren zu einer Begegnungsstätte aristokratischer Hochkultur, künstlerischer Prominenz und intellektueller Brillanz, zu der sich oft auch reformerischer Elan gesellte. 2. Aus ihrem vielfältigen, der Stellung einer Romanov-Großfürstin entspringenden karitativen Wirken ragt die zusammen mit dem wegweisenden Mediziner Pirogov initiierte Gründung der Gemeinschaft der barmherzigen Schwestern der Kreuzerhöhung während des Krimkrieges als eine Art Prototyp rotkreuzlicher Fürsorge hervor. 3. Ihr ausgeprägtes Interesse an gesellschaftlichen und politischen Fragen brachte sie am stärksten in die lange umstrittene Frage der Bauernbefreiung ein, wo sie unablässig versuchte, Wege für eine Emanzipation ebnen zu helfen. 4. Die für höfische Verhältnisse kulturdefizitär aufgewachsene württembergische Prinzessin, die von ihrem Schwager Nikolaj Pavlovič samt Ehegattin 1823 zum ersten Mal in ihrem Leben in ein Theater mitgenommen wurde, ging als nachhaltige Förderin der Hochkultur, insbesondere der Musik, in Russland in die Geschichte ein.

Soroka und Ruud, beide an der University of Western Ontario assoziiert, gelingt es, ein anschauliches Bild einer intelligenten, ambitionierten, engagierten, mitunter unbequemen Frau zu zeichnen, die ihre Stellung in Russlands höchsten Kreisen nicht nur als Privileg, sondern auch als Aufforderung zur Verantwortungsübernahme begriff. Trotz – oder gerade wegen – ihrer nur auf dem Papier und im Schlafgemach bestehenden Ehe ließ sich Elena Pavlovna mit aller Kraft und Überzeugung auf ihre neue russische und orthodoxe Umgebung ein – darin einer anderen, knapp 80 Jahre früher nach Russland gereisten, anfangs unterschätzten deutschen Prinzessin durchaus ähnlich – und wurde, da ist der Buchtitel richtig gewählt, zu einer bedeutenden Vertreterin des Hauses Romanov. Dass sie sich nach eigener Aussage, aber gestützt von anderen Zeugnissen, auch eine präsenste deutsche Identität behielt, tat dem keinen Abbruch, im Gegenteil – es war vielmehr Ausdruck der Transnationalität der europäischen Eliten im 19. Jahrhundert. Nichts bringt diesen Umstand schöner zum Ausdruck als die Anrede von Elenas Tochter, der russischen Prinzessin Ekaterina Michajlovna, in Briefen an ihre Frau Mamá: „chère Mutter“ (S. 115).

Derlei Zusammenhänge machen bereits deutlich: Das Buch über die Großfürstin ist viel mehr als ‚nur‘ eine Biographie einer wichtigen Persönlichkeit. Es leistet zahlreiche, im Detail bis dato unbekannte, Beiträge zur (Familien-)Geschichte der Romanovs, insbesondere in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts; es führt die spezifische Stellung der aristokratischen Frau in Russland am höchstrangigen Beispiel vor; es bietet streckenweise eine veritable Kulturgeschichte des Hoflebens und der dynastischen Diplomatie samt Konventionen, Umgangsformen und Intrigen; es wirft neue Blicke auf die Spitzenpolitik der Autokratie – und zwar aus der Perspektive derselben – sowie auf das Kulturleben St. Petersburgs. Wie hat eine dynastische Heiratsanbahnung konkret funktioniert? Wer traf sich in den Salons der Reichen und Mächtigen? Wie sprachen die Angehörigen der kaiserlichen Familie mit- und übereinander? Wie wurde in höfischen Sphären politisch agiert? Wo lagen

dabei Spielräume und Grenzen weiblichen Wirkens? Auf all diese – und viele weitere – Fragen gibt das Buch auf der Grundlage eines fantastischen, weit gefächerten Quellenmaterials aus Archiven und Publikationen Antwort.

Gewünscht hätte man sich hierbei – insbesondere für die breitere Leserschaft, die dem Buch zu gönnen ist – einige grundlegende quellenkritische Reflexionen zu den möglichen Fallstricken ausgewählter Quellen aus dem Bereich aristokratischer Selbst- und Fremdbeschreibung. Auch fehlt durchgehend, *ceterum censeo*, die stringente Bündelung der fesselnden Ausführungen, die so ertragreich sind, dass sie der unterstreichenden Auswertung dringend bedürfen. Dass es schwer ist, zur biographischen Studie auserkorene Persönlichkeiten als Autor nicht überzubewerten, weiß der Rezensent nur zu gut. Dennoch sei der Hinweis erlaubt, dass die insbesondere beim Thema der Bauernbefreiung herauslesbare Vorstellung, Elena Pavlovna habe von Anfang bis zum Ende des Prozesses die Fäden in der Hand behalten und die politischen Akteure wie – bisweilen widerborstige – Marionetten geführt, auch viel über den Enthusiasmus der beiden Biographen aussagt. Soroka und Ruud sind von großer Sympathie zu Elena durchdrungen, das ist legitim, kann aber auch zu erhöhtem Stilisierungsgrad verführen. Diesen zu dekonstruieren sei anspruchsvollen Lesern und Leserinnen empfohlen. Sie werden es nicht bereuen und für ihre Mühe mit tiefen Blicken in faszinierende Welten belohnt.

MATTHIAS STADELMANN

Erlangen

JGO 66, 2018/1, 150–151

M. Ju. Nečaeva / V. P. Mikitjuk

Imperatorskoe Pravoslavnoe Palestinskoe Obščestvo v kul’turnoj srede rossijskoj provincii.

Moskva: Indrik, 2014. 383 S., Abb. Tab. ISBN: 978-5-91674-314-2.

In the last decade or so, Russian historians have given increased attention to the religious organizations, as one dimension of the development of civil society in late Imperial Russia. The present volume constitutes a significant contribution to that new scholarship. Although civil society organizations leave a relatively sparse archival trail (in this case, for example, only four of fifty-two local branches of the Imperial Orthodox Palestinian Society bequeathed an archival *fond*), they generated a huge volume of contemporary publications and reports, not to mention a mountain of materials in the diocesan and secular press. The authors systematically examine the printed sources and also tap unpublished materials in the foreign ministry archive as well as local archival repositories for Perm’ and Ekaterinburg dioceses.

All that diligent research makes it possible to provide a rich picture of the profusion – and problems – of religious civil organizations. In terms of the institutional expansion of the Imperial Palestinian Society, the authors show that provincialization produced a rapid growth in the number of branches during the 1890s, and that these local units eventually arose in more than three-quar-

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2018

ters of all dioceses. That growth applied not only to the number of provincial branches but also to membership: the Society grew from an initial membership of 615 members in 1885 to 5,116 members in 1902. That expansion was accompanied by a change in social composition, from an initial cohort comprised predominantly of secular elites to a clerical dominance, especially in the provincial branches (in Ekaterinburg, for example, the clerical component rose from 41 percent in 1894 to 76 percent in 1901).

Significantly, however, the Imperial Palestinian Society failed to sustain that growth after the turn of the century: in the last decade before the Great War it added few new branches and even showed a sharp decline in total membership (falling from 5,116 in 1902 to 2,917 members in 1914). That decline was partly due to demographics (the passing of the older generation of early members), but mainly to the exclusion of members who failed to pay dues (the latter accounting for about three-fourths of the decline). The authors also provide a fascinating analysis of statements by members and offer much insight into the motive for membership: more than a few sought less to promote the Society's philanthropic and religious goals than to obtain the honorific medals and the prestige that membership conveyed. The author's case study of Perm' and Ekaterinburg show that this Society also found itself confronted with intense competition from the plethora of other civil society organizations, all seeking members – and money – in the last years of the *ancien regime*.

This monograph also provides a comprehensive chapter on what the Society did at the provincial level – from the dissemination of literature to public lectures about the Society and its work, all aimed to encourage pilgrimages to the Holy Land. The authors also compile fascinating data on the pilgrims; conveniently summarized in a table (pp. 136–137) on pilgrims in the years 1895–1899, the authors show the diverse social make-up of pilgrims but the striking predominance of peasants (71 percent of the 26,104 reported pilgrims) among those making the trek to the Holy Land. The authors also provide a close analysis of the Society's finances – its main revenue sources and expenditures. In the spirit of post-Soviet "local history", the monograph includes a lengthy chapter on the Society's activities in two Ural dioceses.

This superb combination of the general patterns and two case studies sheds valuable new light on social development at the provincial level in late Imperial Russia. It demonstrates the highly active role of the clergy, but also other groups in society, especially hyperactive figures from the new entrepreneurial elites. This study also suggests that Orthodox civil society was relatively underdeveloped, even noncompetitive, with its secular counterpart, especially in the last decade before the outbreak of World War I. To be sure, this work is not without shortcomings – most important, the lack of a comparative framework or familiarity with theoretical or specialized literature in foreign languages. Nonetheless, this monograph represents a valuable contribution to the social and religious historiography on late Imperial Russia.

GREGORY FREEZE
Waltham, MA



JGO 66, 2018/1, 152–153

Cornelia Soldat

Erschreckende Geschichten in der Darstellung von Moskovitern und Osmanen in den deutschen Flugschriften des 16. und 17. Jahrhunderts – Stories of Atrocities in Sixteenth and Seventeenth Century German Pamphlets About the Russians and Turks. With a Foreword by David Goldfrank.

Lewiston, NY: Edwin Mellen Press, 2014. X, 408 S. ISBN: 978-0-7734-0067-2.

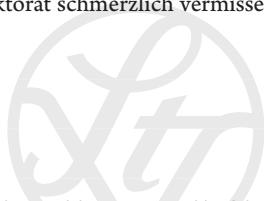
Angeregt von den Forschungen von Michael Schilling und Andreas Kappeler, verfolgt die vorliegende Studie die These, dass sich in der deutschsprachigen Flugschriftliteratur seit dem 16. Jahrhundert ein russisch/moskowitzisches Feindstereotyp entwickelt habe, das in dem seit dem 15. Jahrhundert ebenso stereotypen Feindbild der Osmanen respektive „des Tür(c)ken“ wurzelte (S. 4).

Ehe die Verfasserin daran geht, ihre Hypothese auf Basis von 190 zwischen 1474 und 1701 gedruckten Gewaltnachrichten zu Osmanen oder/und Moskowitern zu verifizieren, will sie mit Abschnitten zum Gewaltdiskurs, zur Quellengattung und zum Türken-Stereotyp den dafür nötigen Rahmen schaffen. Zunächst wird dabei die Ausprägung der Dichotomie von positiver bzw. legitimer Gewalt im Sinne des Hausherrnrechts oder staatlich-obrigkeitlicher Gewalt (*potestas*) und negativer bzw. illegitimer Gewalt tyrannischer Herrschaft (*violentia*) in den Blick genommen. Soldats Darlegungen präsentieren sich allerdings eher als punktuelle Literatur-, denn als die erhoffte Gesamtschau. So beschränkt sich ihre Auseinandersetzung mit *Gewalt und Gewaltdarstellung* (S. 14–21) auf staatstheoretische Überlegungen zu staatlicher Macht und auf Betrachtungen zu sexualisierter Gewalt. Das folgende Unterkapitel *Gewalt im Krieg* (S. 21–26) begnügt sich damit, einen groben Überblick über den Konnotationswandel der Begriffe „Tyrannis“ und „Tyrann“ zu geben, und in einem Abschnitt zur Folter (S. 26–34) liegt der beinahe ausschließliche Fokus auf einer Skizzierung der *Constitutio Criminalis Carolina* und der Frage nach dem Abschreckungscharakter öffentlich gezeigter Grausamkeit. Die Inhalte dieser Kapitel enttäuschen zwar die aufgrund der vollmundigen Überschriften in sie gesetzten Erwartungen, besitzen aber für die spezielle Zielrichtung der Studie eine nicht von der Hand zu weisende Relevanz. In weiterer Folge referiert die Verfasserin aktuelle quellen- und medientheoretische Positionen zu den von ihr untersuchten Dokumenten (S. 47–71). Insbesondere geht sie dabei auf die Begrifflichkeiten (Flugschrift, Flugblatt, Einblattdrucke etc.), den Quellenwert und allgemeine Charakteristika sowie auf die Erkenntnisse Jan Assmanns zum kulturellen und kommunikativen Gedächtnis näher ein. Die von den affektiven Gewaltbildern der Flugschriften evozierten Emotionen sieht sie in diesem Kontext als einen wesentlichen Anker für deren dauerhafte Einbettung in das kulturelle Gedächtnis des Reichs. Unter der Überschrift *Das Türkenbild der Frühen Neuzeit* (S. 73–113) fasst Soldat schließlich wesentliche Ergebnisse der Forschungen der letzten vier Dekaden zur zeitgenössischen Darstellung der Osmanen bzw. der so genannten Türkengefahr zusammen. Detaillierter geht sie dabei auf die von Winfried Schulze herausgearbeitete Funktionalisierung der Türkengräuel zum Zweck der Steuerbewilligung auf Reichstagen, auf Luthers Türkenbild, auf Details zu sexualisierter Gewalt und zur ikonographischen Instrumentalisierung des Türken für Bibel- und Märtyrermotive in der bildenden Kunst ein. Trägt die Verfasserin in diesem Abschnitt auch wesentliche Mosaiksteine der in Lateineuropa geformten Imagination vom türkischen Erbfeind und der Türkengefahr zusammen,

so bleiben nicht minder formgebende Teilaspekte dieses Stereotyps unberücksichtigt. Dazu zählen jedenfalls der nur in einem Nebensatz (S. 75) angesprochene, von den Humanisten jedoch weidlich genutzte antike Barbarentopos, der vor allem im Diskurs um die Abstammung der Türken von den Skythen omnipräsente Bilderfundus steppennomadischer Grausamkeit, aus dem sich letztlich auch die Verbindungen und Gleichsetzungen der Türken mit den Ta(r)taren speisen, sowie Elemente des mittelalterlichen Sarazenenbildes. Somit ist dem von Soldat präsentierten Türkenstereotyp eine gewisse Bruchstückhaftigkeit vorzuwerfen. In der folgenden Quellenanalyse, und damit im Kernteil der Untersuchung, widmet sie sich der Darstellung von Gewalt und deren Funktion, der Frage der auktorialen Rahmung zur Unterstützung der Glaubwürdigkeit der Flugschriften und der Reichspolitik gegenüber Moskowitern und Osmanen mit einem Schwerpunkt auf der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts. In diesem Rahmen wird nach eigenem Bekunden „zum ersten Mal ein richtiger literaturwissenschaftlich fundierter Vergleich des Moskowiter Diskurses und des Türkendiskurses angestellt“ (S. 39). Tatsächlich vermag die Verfasserin in der Folge ihr Postulat, dass die seit Ausbruch des Livländischen Krieges 1558 im Reich auf die Moskowiter gemünzten Stereotype der Tyrannei, Verschleppung und sexualisierten Gewalt „aus den anti-türkischen Flugschriften übernommen wurden und diskursiv funktionieren“ (S. 115), zu verifizieren. Dies gelingt ihr unter anderem, indem sie die zur Intensivierung der Affekte und Effekte genutzten rhetorischen Stilmittel, deren chronologisch nachvollziehbare Steigerung sowie textintrinsic Mittel zur Überwindung von Glaubwürdigkeitskrisen der immer phantastischer werdenden Gräuelschilderungen herausarbeitet. Zurecht folgert sie aus den Analysen und Vergleichen, dass sich die Moskowiter-Flugschriften von Beginn an in den Diskurs der Türkengefahr einschrieben und dass sich die dabei zur Anwendung gebrachten Gewaltdarstellungen literarisch nachhaltig (auch) an Märtyrerlegenden orientierten – allerdings mit der zu wiederholenden Einschränkung, dass der genutzte Bilderfundus des Grauens zweifelsfrei auch mit den schon oben geltend gemachten und von der Verfasserin nicht berücksichtigten skythischen, ta(r)tarischen und barbarischen Versatzstücken befüllt war. Nicht nur anregend, sondern durchaus überzeugend sind auch Soldats Überlegungen zur bewussten Invertierung dieser in den Moskowiter-Flugschriften dominierenden Gräuelpiktorelle auf das Reich Ivans IV. zur Zeit der *opričnina*, die die Tyrannei des Großfürsten und die von diesem ausgehende Gefahr für seine Nachbarn greifbar machen sollten. Die Einbettung zentraler *opričnina*-Quellen (Guagnini, vom Hoff, Taube und Kruse) in den Diskurs der Flugschriften zu Türkengefahr und Moskowitern wird freilich noch Diskussionen nach sich ziehen.

Trotz mancher Einschränkungen und inhaltlicher Desiderate – die zum Teil zu viel versprechenden Kapitelüberschriften und stellenweise eingleisiger Literaturverwendung geschuldet sind – hat Cornelia Soldat eine in Detailfragen tiefgründige und feinsinnige Studie vorgelegt, die die Forschungen zu den Funktionen des lateineuropäischen Bildes von den Moskowitern und der *opričnina* jedenfalls bereichern. Leider lassen die schon mit dem Cover einsetzenden und bedauerlicherweise nicht wenigen Fehler in Orthographie, Kasus-Gebrauch und Layout das auf der Verlagshomepage garantierte Lektorat schmerzlich vermissen und gestalten die Lektüre des Texts stellenweise mühsam.

JOHANNES GIESSAUF
Graz



JGO 66, 2018/1, 154–156

Konstantin D. Bugrov

Monarchija i reformy. Političeskie vzgljady N. I. Panina.

Ekaterinburg: Bank kul'turnoj informacii, 2015. 271 S. = Iz istorii Rossii.

ISBN: 978-5-9906258-7-7.

Diese Monographie verdient die Aufmerksamkeit aller, die sich für die Geschichte politischer Ideen und Projekte in Russland im 18. Jahrhundert interessieren. Mit einem solchen thematischen Schwerpunkt muss man es nicht von vornherein als Nachteil ansehen, dass die Biographie Nikita Ivanovič Panins (1718–1783) und sein Agieren als Hofmeister des Großfürsten Paul Petrovič und als Leiter der Außenpolitik unter der Kaiserin Katharina II. bis 1780 nur beiläufig erwähnt werden. Eher vorausgesetzt wird auch die Geschichte der Regierung und Zentralverwaltung des Russischen Reiches seit Peter dem Großen, auf deren Reform Panins Projekte zielten. Hauptsächlich handelt das Buch von vier Texten, die zwar schon früher gedruckt worden waren und seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in der Forschung eine Rolle spielen, hier aber (S. 225–270) nach den originalen Handschriften aus dem Russländischen Staatsarchiv der alten Akten in Moskau (RGADA) quellenkritisch gewissenhaft neu ediert werden, so dass ihre Entstehung nun genauer zu verfolgen ist. Erstens geht es um das bekannte Projekt Nikita Panins über die Einrichtung eines Kaiserlichen Rates von 1762, zweitens um seine in der Handschrift des Schriftstellers Denis Fonvizin überlieferte *Abhandlung* über die sogenannten Fundamentalgesetze vom Ende der siebziger Jahre des 18. Jahrhunderts, drittens um eine *Ergänzung* zu dieser *Abhandlung* aus Nikita Panins Todesjahr 1783, verfasst von seinem Bruder General Peter Panin, und viertens um eine eigenhändige Aufzeichnung von Paul Petrovič, datiert auf den 28. März 1783, nachdem der Thronfolger seinen sterbenden Mentor letztmals besucht hatte. Gerade wegen dieser verdienstvollen Edition ist allerdings unbegreiflich, dass der Autor selbst sie nicht in seiner intensiven Interpretation der Dokumente zitiert, sondern in seinen Fußnoten jeweils auf die Paginierung der Handschriften im Archiv hinweist.

Das Buch basiert auf Konstantin Bugrovs Kandidatendissertation von 2010 an der Föderalen Ural-Universität Ekaterinburg. Zwischen einer Einleitung und einem Nachwort, das die Ergebnisse prägnant zusammenfasst, gliedert sich die Untersuchung in drei Hauptteile. Das konventionelle Verfahren, im ersten Hauptteil die umfangreiche Historiographie zum Thema abzuhandeln, hat allerdings den Nachteil, dass der Leser aus dem kritischen Report Bugrovs zuerst indirekt erfährt, welche seiner Erkenntnisse er bei russischen und nichtrussischen Autoren von Sergej Solov'ev bis zur Gegenwart vermisst oder zu welchen Fehlurteilen sie sich seines Erachtens verleiten ließen. Insofern sind viele Wiederholungen unvermeidlich, weil im zweiten Hauptteil oft die gleiche Kritik im Rahmen der Textinterpretationen nochmals zur Sprache kommt.

Der zweite und der dritte Hauptteil bilden das Herzstück der Untersuchung. In einer überwiegend ideen- und begriffsgeschichtlichen Analyse der genannten Dokumente der Brüder Panin orientiert sich Bugrov explizit an den Forschungsansätzen der Cambridge School, vor allem am „contextualism“ von J. G. A. Pocock und an Quentin Skinners Empfehlung, im historischen Kommunikationsprozess die Intentionen der Autoren historischer Texte zu beachten. Mit dieser Methodologie kommt der Verfasser zu einem Schluss, der die in der Geschichtsschreibung innerhalb und außerhalb Russlands fest etablierte Meinung überzeugend widerlegt, Panin habe die absolute mo-

narchische Herrschaft durch eine Verlagerung ihrer Prärogativen an kollektive und repräsentative Organe im eigenen Interesse oder im Interesse seiner aristokratischen Hofpartei beschränken wollen. Erst recht, so Bugrov, sei Panin nicht mit den oligarchischen Tendenzen des Obersten Geheimen Rates von 1730 in eine Kontinuitätslinie zu bringen. Vielmehr habe er mit seinem Projekt eines Kaiserlichen Rates allein das Ziel verfolgt, die Autokratie in ihrer uneingeschränkten Machtfülle zu stabilisieren und den Rat nur mit der Kontrolle der Realisierung bereits entschiedener politischer Fragen zu befassen. Auch in seiner *Abhandlung* vom Ende der siebziger Jahre des 18. Jahrhunderts habe Panin nicht für rechtliche Begrenzungen der kaiserlichen Macht plädiert, wohl aber dazu geraten, dass sich die Monarchen aus eigener freier Entscheidung in der realen Machtausübung Mäßigung auferlegen, Willkürakte meiden, die Gesetze achten und ihre Untertanen lieben sollten. Zu den Fundamentalgesetzen, die *per definitionem* die Umwandlung der Monarchie in eine Despotie und Staatsstreiche ausschlossen, gehörten nach Panin eine gesetzliche Thronfolge, die Gesetzlichkeit des Handelns der Staatsorgane, rechtliche Garantien für die Untertanen und eine relative Autonomie der Gerichtsbarkeit mit dem Senat als oberster Berufungsinstanz. Für einen guten Herrscher seien ihm jedoch Moral, persönliche Tugenden und eine öffentliche Anerkennung über die Lebenszeit hinaus sogar wichtigere Kriterien gewesen als Recht und Gesetz. Als eine Hauptquelle der politischen Ideen Panins sieht Bugrov Montesquieu, als ein historisches Vorbild für Russland also nicht die schwedische Monarchie, wie viele Historiker annahmen, sondern erstaunlicherweise die französische Monarchie mit ihren Konsultativorganen vor den absolutistischen Veränderungen durch Ludwig XIV.

Dass die bekanntesten Deutungen der Reformprojekte Panins bis heute mit seiner angeblichen oppositionellen Haltung zur Regierung Katharinas II. scheinbar in Einklang gebracht werden, führt der Autor darauf zurück, dass diese Auffassungen statt von einer konsequenten Interpretation der maßgeblichen Texte vielmehr von Quellen zweiten Ranges inspiriert wurden. Als solche wertet Bugrov zum einen die Berichte ausländischer Diplomaten aus St. Petersburg, die auf der Suche nach Rissen im Fundament der Herrschaft Katharinas II. waren. Doch zum anderen hätten auch die einflussreichen Erinnerungen der Fürstin Ekaterina Daškova Nikita Panin zum Sympathisanten einer beschränkten Monarchie nach dem Muster der schwedischen „Freiheitszeit“ stilisiert. Und letztlich auf Denis Fonvizin gehe die von dessen Neffen, dem Dekabristen Michail Aleksandrovič Fonvizin (1787–1854), überlieferte Darstellung zurück, Panin sei in einer Thronkrise um Pauls Großjährigkeit 1772–1773 als Anhänger einer konstitutionellen Monarchie an einer Verschwörung gegen Katharina beteiligt gewesen. Kaum untersucht worden seien hingegen der Horizont der Bildung Panins, seine Lektüre, die möglichen Quellen seiner Reformideen und deren Sprachgebrauch, den Bugrov als das „politische Lexikon“ bezeichnet, das auch Einblick in den intellektuellen Kontext der Projekte Panins gewähre. Unter diesem Aspekt ragen zwei neue Ergebnisse heraus. Zum einen untersucht Bugrov Panins Projekt eines Kaiserlichen Rates zusammen mit nahezu gleichzeitigen Reformplänen mehrerer anderer, auch mancher nicht mit Panin sympathisierender Autoren aus der Regierungselite um 1760 und stellt eine durchaus konforme politische Begrifflichkeit fest, aus der keine Opposition zu Elisabeth, Peter III. oder Katharina II. abzulesen sei. Zum anderen weist Bugrov im Sprachgebrauch Panins ein Reservoir an Begriffen des europäischen Republikanismus nach, mit denen er zwar nicht prinzipiell ein Widerstandsrecht gegen despotische Throninhaber deklariert, doch immerhin den Staatsstreich zugunsten Katharinas nachträglich gerechtfertigt habe.

Bugrovs Interpretation der Projekte Panins ist nicht so neu, wie er mitunter den Anschein erweckt. Dass allein aus deren Wortlaut keine oppositionelle Haltung gegenüber Katharina II. herauszulesen ist, haben manche Historiker, unter ihnen der Rezensent, auch schon früher festgestellt. Doch umgekehrt überdehnt der Autor die Aussagekraft der schmalen Quellenbasis dieser Projekte, wenn er die letztlich doch spannungsreiche politische Beziehung zwischen Panin und der Kaiserin allzu stark harmonisiert, höchstens für die Außenpolitik gelten lässt oder vor allem auf die lange Dauer ihrer Zusammenarbeit zurückführt.

CLAUS SCHARF

Mainz

JGO 66, 2018/1, 156–158

Irina Ju. Smirnova

Rossija i Anglija v Svjatoj Zemle v kanun Krymskoj vojny.

Moskva: Indrik, 2015. 395 S. ISBN: 978-5-91674-362-3.

Dass Russlands Präsenz im Nahen Osten ein wichtiger Faktor der ‚großen‘ Weltpolitik ist, kann man seit kurzem wieder verstärkt beobachten: Putins Einmischung in den syrischen Bürgerkrieg kam für viele westliche Beobachter überraschend und schuf neue Tatsachen, auf die man immer noch eine angemessene Antwort sucht. Allerdings scheint diese Entwicklung nur auf den ersten Blick eine radikale Zeitenwende darzustellen, denn das russische Interesse am Nahen Osten ist weder neu noch außergewöhnlich. Bereits Mitte des 19. Jahrhunderts mischte sich Russland in die Geschehnisse im Gebiet des heutigen Syrien und Palästina derart massiv ein, dass diese Einmischung letzten Endes eine nicht unwichtige Rolle beim Ausbruch des Krimkriegs spielte, denn sie brachte die Regierungen in London und Paris zur Überzeugung, den russischen Anspruch auf die Schirmherrschaft über die zentralen Orte des christlichen Glaubens nur mit militärischen Mitteln zurückdrängen zu können.

Dieser spannenden Epoche widmet sich die neueste Publikation der russischen Historikerin Irina Smirnova, deren wissenschaftliches Interesse an der Geschichte der russischen Präsenz im Heiligen Land nicht zuletzt durch ihre Mitgliedschaft in der 1882 gegründeten russischen Kaiserlichen Orthodoxen Palästina-Gesellschaft bedingt ist, und die noch gerade rechtzeitig auf den Büchermarkt kam, um das seit kurzem wieder erwachte Interesse des modernen russischen Lesers am Nahen Osten mit entsprechender Lektüre zu befriedigen. Im Zentrum der Darstellung steht der sogenannte „religiöse Faktor“ der Außenpolitik, der zwischen der Unterzeichnung des russisch-türkischen Beistandsvertrags von Hunkiar Skelessi 1833 und dem Ausbruch des Krimkrieges 1853 eine besondere Bedeutung gewann.

Ein großer Vorteil der Studie ist die faktenreiche und quellengesättigte Schilderung der Entwicklungen im Nahen Osten, die deutlich die enge Verzahnung geopolitischer Interessen mit der kirchlich-religiösen Problematik hervortreten lässt. Für diesen Zweck zog die Autorin insgesamt acht Archive zu Rate, wobei der absolute Schwerpunkt auf den Quellen russischer Provenienz liegt.

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2018

Diese Vorgehensweise erlaubt ihr die Geschichte der erbitterten Rivalität zwischen Großbritannien und Russland, die in dieser Epoche auch in anderen Teilen der Welt immer virulenter wurde – man denke dabei etwa nur an das *Great Game* in Zentralasien – um eine weitere packende Facette zu erweitern. Gekonnt schürzt Smirnova den dramatischen Knoten, indem sie nach und nach die Aktivitäten und Motive einer Vielzahl politischer und religiöser Akteure nachzeichnet, die, von Muhammad Ali Pascha von Ägypten über den preußischen Diplomaten und Verfechter des protestantisch-anglikanischen Episkopats in Jerusalem Christian von Bunsen bis zu dem Heiligen Stuhl in Rom und den franziskanischen Mönchen in Syrien, alle eine nicht zu unterschätzende Rolle in den diplomatisch-politischen Verwicklungen dieser Zeit gespielt haben. So positiv der Anspruch der Autorin auf die umfassende Darstellung grundsätzlich auch ist, so birgt er ebenfalls etliche Gefahren in sich, die nicht unerwähnt bleiben dürfen. Immer wieder schweift die Erzählung vom Wesentlichen ab und verliert sich in dem Klein-Klein des diplomatischen Briefwechsels und der lokalen Intrigen, wobei der Wert des Geschilderten für die Gesamtargumentation der Studie nicht klar herausgearbeitet wird (siehe z. B. S. 55 ff.).

Ebenfalls unklar ist die Terminologie, die die Autorin ihrer Studie zugrunde gelegt hat. So wird nirgendwo erwähnt, was man unter „Heiligem Land“ (russ. *Svjataja Zemlja*) zu verstehen hat und wo die geographisch-politischen Grenzen dieser Region liegen. Die mitunter ermüdende Aufzählung von religiösen Institutionen, Stiftungen und Gesellschaften, die ihre Missionare in den Nahen Osten entsandten, trägt wenig zum Verständnis von deren konkreter Rolle im Konflikt zwischen den drei großen Konfessionen des Christentums, der immer politischer wurde, bei. Auch der Titel der Studie ist etwas irritierend, suggeriert er doch den Eindruck, hier gehe es in erster Linie um die englisch-russische Auseinandersetzung um Jerusalem und den Nahen Osten, während in der Wirklichkeit die Politik Frankreichs und Preußens genauso stark präsent ist wie das Auftauchen US-amerikanischer episkopaler Kirchen in den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts und die Angst der griechisch-orthodoxen Geistlichkeit vor neuer Konkurrenz aus Übersee.

Doch ungeachtet dieser Schwachstellen hinterlässt die Arbeit von Irina Smirnova *in toto* einen überaus positiven Eindruck. Der sorgfältige Umgang mit dem enorm umfangreichen Quellenkorpus erlaubt sowohl einen guten Einblick in den Alltag russischer Diplomaten als auch in deren Versuche, ihre Doppelrolle als diplomatische Vertreter und gleichzeitige Beschaffer militärisch-geheimdienstlicher Informationen unter einen Hut zu bringen, was mitunter misslang und zu lautstarken Protesten des Kriegsministeriums in St. Petersburg führte. Das Festhalten an überkommenen bürokratischen Traditionen und an der behördlichen Subordination entpuppt sich als ein deutliches Hindernis bei der effektiven Durchsetzung russischer Interessen, wobei der Vergleich mit dem britischen Foreign Office, dessen Vertreter vor Ort sich bei Bedarf direkt an den zuständigen Staatssekretär wenden konnten, ohne die Botschaft in Konstantinopel konsultieren zu müssen, das Beharren russischer Beamter auf die Einhaltung von „herkömmlichen Regeln“ noch negativer wirken lässt. Überhaupt fällt bei Smirnova die Meinung über die britische Außenpolitik sowie ihre einzelnen Vertreter überraschend positiv aus. Die britischen Beamte und Missionare werden als „überaus beweglich“ bezeichnet; ihr Eifer bei der Umsetzung von erhaltenen Direktiven sowie ihre Überzeugung von der besonderen historischen Mission Großbritanniens stehen oft in scharfem Gegensatz zu der Ineffektivität und Indolenz russischer Offizieller. „Wir sind faul und an nichts interessiert“ – diese bittere Bemerkung des russischen Volksdichters Puškin über die eigenen Landsleute bildet für die Autorin den wichtigsten Grund für das Scheitern großangelegter

missionarisch-politischer Pläne des Kaiserreichs unter Nikolaus I. und wird von ihr gleichzeitig in den zeitgenössischen Kontext der neuerlichen Konfrontation zwischen Russland und dem „Westen“ eingebettet. Die Rolle der Religion bei der Gestaltung von Politik habe auch in unserer Zeit nichts an ihrer Wichtigkeit verloren, so dass Russland die historischen Ereignisse aus der Zeit vor dem Krimkrieg und seine damaligen Erfahrungen im Umgang mit den „westlichen Partnern“ bei der Konzipierung seiner heutigen politischen Doktrin nicht vergessen dürfe – diese Schlusssatzung der Autorin verdeutlicht noch einmal die brisante Aktualität ihrer Untersuchung, die offensichtlich weitaus mehr sein soll als nur eine Erzählung vom Scheitern der Versuche der kaiserlichen Diplomatie, das „Heilige Land“ unter seine Protektion zu stellen.

PETER KAISER

Freiburg i. Br.

JGO 66, 2018/1, 158–160

Svenja Bethke

Tanz auf Messers Schneide. Kriminalität und Recht in den Ghettos Warschau, Litzmannstadt und Wilna.

Hamburg: Hamburger Edition, 2015. 317 S. = Studien zur Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts. ISBN: 978-3-86854-295-0.

Was bedeuten Kriminalität und Recht für eine Zwangsgemeinschaft von Juden, die unter einem sich stetig verschärfenden Verfolgungsdruck in den von den deutschen Besatzungsorganen eingerichteten Ghettos leben mussten? Welchen Zweck hatte die Festsetzung von Rechtsnormen und deren Durchsetzung, wenn jede Frau und jeder Mann unter Todesdrohung lebte? Wem dienten also Definitionen von kriminellem Handeln in den „Großghettos“ Warschau, Lodz und Wilna? Diesen und ähnlichen Fragen geht Svenja Bethke in ihrer preisgekrönten Dissertation nach.

Untersuchungen der Judenräte, der jüdischen Ordnungsdienste in den Ghettos, aber auch einzelner Beteiligten haben eine lange Geschichte. Die Auseinandersetzung mit Kriminalitätsvorstellungen ist dabei jedoch weitgehend unterblieben. Hier setzt Svenja Bethke an: Sie zeigt auf breiter Quellengrundlage im Vergleich der genannten drei Ghettos, dass sich das bekannte Dilemma der Judenräte zwischen Erfüllung deutscher Forderungen und der Rettung der jüdischen Gettobewohner in besonderer Weise im Bereich der gettointernen Rechtssphäre verdichtet (S. 10). Angesichts der deutschen Vernichtungspolitik waren beide Ziele indes nicht vereinbar, sodass die deutschen Forderungen, die letzten Endes auf die Ermordung aller Gettobewohner abzielten, die Oberhand behielten.

Nach einer knappen Einführung nähert sich Svenja Bethke im ersten Kapitel zur *Lebenswelt Ghetto* ihrem Untersuchungsgegenstand. Sie kommt hierbei zu dem Schluss, dass die Definitionen von kriminellem Handeln in den Ghettos das Überleben eines Teils der Gettobewohner sicherstellen sollten. Daher waren diese Bestimmungen eng daran geknüpft, welche deutschen Maßnahmen die Judenräte erwarteten. Entsprechend sollte aus der Sicht der Judenräte die Festsetzung von Rechts-

normen im Getto für die jüdischen Gettobewohner ein Mindestmaß an sozialer Stabilität gewährleisten (S. 38). Interessanterweise geht die Autorin davon aus, dass das Judesein für das Verhalten in der „Lebenswelt Getto“ nicht entscheidend war (S. 29). Sie tut dies, obgleich sie selbst im fünften Kapitel zu den Gettogerichten auf spezifisch jüdische Rechtsvorstellungen eingeht. Somit – und hier positioniert sich der Rezensent deutlich anders – müsste nicht in Anlehnung an Dan Diner, sondern in Anlehnung an Samuel Gringauz sehr wohl beachtet werden, dass Juden mit spezifisch jüdischen Rechtserfahrungen sowie spezifisch jüdischen Werte- und Normenvorstellungen in den Gettos lebten. Man denke nur an die Bedeutung der Zedaka, die Tradition einer Verantwortungsübernahme für die jüdische Gemeinschaft durch Einzelne und interne Rechtsregelungen auf der Basis von Thora und Talmud. Um es vorwegzunehmen: Dies ist ein Schwachpunkt der ansonsten hervorragenden Arbeit.

Im zweiten Kapitel schildert Svenja Bethke die allgemeinen Rahmenbedingungen und die Überlebensstrategien der Judenräte in Warschau, Litzmannstadt und Wilna. Dabei bietet sie zugleich einen kurzen Abriss der jeweiligen Gettogeschichte. Das nächste Kapitel untersucht die Definitionen von kriminellem Handeln durch die Judenräte. Zentral ist, dass Kriminalitätsdefinitionen Zuschreibungen durch spezifische Akteure sind und hauptsächlich sicherstellen sollten, dass das Handeln Einzelner nicht die gesamte Gettobevölkerung gefährdete (S. 122).

Im vierten Kapitel wird die jüdische Polizei als Ausführungsorgan des Judenrates näher betrachtet, bevor sich der umfangreichste Abschnitt den gettointernen Gerichten zuwendet. Da die Deutschen stets den letzten Zugriff hatten und wiederholt verurteilte Juden von ihnen abgeholt und ermordet wurden, wird offensichtlich, in welchem begrenztem Maße tatsächlich eigenständige Rechtsprechung möglich war. Nach den Gettogerichten folgt im sechsten Kapitel der Blick auf die von den Gerichten ausgesprochenen Strafen und den gettointernen Strafvollzug. Beispielsweise gab es im Getto Litzmannstadt Familienbestrafungen – wenn Kinder oder Ehepartner kriminell handelten, mussten die Familien büßen, etwa durch Entzug der Unterstützung oder der Arbeitsstelle, was Hunger und damit vielfach Tod bedeutete. Die Gettogefängnisse waren in den deutschen Apparat einbezogen, denn deutsche Stellen überwiesen Juden in die Gefängnisse und machten zugleich zur Auflage, dass diese Häftlinge für die Gestapo bereitzuhalten waren.

Im vorletzten Kapitel widmet sich Svenja Bethke dem Blick der „einfachen“ Gettobewohner. Dabei zeigt sich, dass insbesondere vor der Zeit der Massendeportationen die jüdische Polizei von den Gettoinsassen durchaus wie eine „normale“ Polizei angesehen und daher akzeptiert wurde. Laut der Autorin wurden die meisten kriminellen Handlungen nicht aus der Absicht heraus, Widerstand gegen die deutschen Besatzer zu leisten, vorgenommen, sondern waren oftmals dem Überlebenswillen der Juden geschuldet.

In den Schlussbetrachtungen formuliert Svenja Bethke grundlegende Befunde. Sie kann die Annahme einer kaum vorhandenen Kriminalität in den Gettos aufgrund einer besonderen jüdischen Moral auf Grundlage der von ihr genutzten Quellen nicht bestätigen. Vielmehr gehörte kriminelles Handeln durch Juden in einem gewissen Rahmen zum Lebensalltag. Darüber hinaus macht sie vier Deliktategorien fest, und zwar 1. Delikte, die von den deutschen Besatzern definiert wurden; 2. Delikte, die von den Judenräten als Gefahr für die Gettogemeinschaft angesehen worden sind; 3. Handlungen, die sich gegen Gettoinstanzen richteten und 4. klassische Delikte wie Raub und Mord. Nicht explizit genannt wird an dieser Stelle bewaffneter Widerstand gegen die Deutschen, doch fällt dieser unter die Kategorie 2, da er zwangsläufig eine Gefahr für alle Getto-

insassen bedeutete. Wichtig ist zudem die nicht neue, aber doch zu betonende Erkenntnis, dass es stets Grauzonen gab, in denen sich Einzelne bewegten. Auch wenn die Autorin dies nicht explizit ausdrückt, wird deutlich, dass Juden in den Gettos Subjekte waren, die sich auf bestimmte Weisen verhielten, weil sie es wollten und nicht nur, weil sie durch die Besatzer dazu gezwungen wurden.

Carlo A. Haas hat in seiner Rezension für „H-Soz-Kult“ bereits darauf hingewiesen, dass das Getto Litzmannstadt diese Dissertation dominiert. Der Vergleich gelingt also nur bedingt, hilft aber die Befunde auf eine breitere Basis zu stellen. Insbesondere für die Schlussbetrachtungen wäre es sinnvoll gewesen, weitere Gettos wie Kaunas und Białystok heranzuziehen. Gerade für letzteres liegen zahlreiche Protokolle des Judenrates und Bekanntmachungen vor, die diverse Rechts- und Kriminalitätsbezüge enthalten. Da das von Svenja Bethke herangezogene Lebenswelt-Konzept sehr umfassend ist, hätten zusätzliche Gesichtspunkte betrachtet werden müssen. Dies gilt insbesondere für Gender-Aspekte, die völlig unterbelichtet bleiben, obwohl Hinweise auf Geschlechterspezifika an zahlreichen Stellen ihrer Arbeit zu finden sind. Dies ist ein weiteres Manko. Das Fehlen eines Sachregisters ist bei Dissertationen leider weit verbreitet, obwohl dadurch der Wert einer solchen Arbeit deutlich geschmälert wird, und so fehlt ein solches auch in diesem Fall.

Bei aller Kritik bleibt festzuhalten, dass Svenja Bethkes Dissertation grundlegende Informationen zu Kriminalität und Recht bietet, die so noch nie aufbereitet wurden. In den behandelten Fällen wird zudem die Lebenswirklichkeit in den Gettos immer wieder drastisch deutlich, etwa wenn eine „Kinderbande“ im Getto Wilna benannt oder die Beraubung einer Leiche behandelt wird. Daher kann sie allen an der Erforschung der Gettos unter deutscher Besatzungsherrschaft Interessierten nur empfohlen werden.

JENS HOPPE
Frankfurt/Main

JGO 66, 2018/1, 160–161

Michaël Prazan

Einsatzgruppen. Les commandos de la mort nazis.

Paris: Points, 2015. 626 S., 2 Ktn., Abb. = Points Histoire, H464.

ISBN: 978-2-7578-2871-7.

Das Taschenbuch des Journalisten und zeithistorischen Themen verpflichteten Dokumentarfilmers Michaël Prazan (*1970) über die Einsatzgruppen bietet einen Überblick über das antijüdische Vernichtungswerk der SS-Einheiten in den besetzten Gebieten. Es entstand im Zuge eines Filmprojekts, das mit der Ausstrahlung von zwei Folgen à 90 Minuten im Sender *France 2* im April 2009 seinen Abschluss fand. Die Schilderung stützt sich auf eine Reihe von Studien aus der französisch- und englischsprachigen Sekundärliteratur, auf ausgewählte Gespräche mit Zeitzeugen und bezieht punktuell auch die Belletristik mit ein. Vorbilder für die NS-Verbrechen erkennt Prazan in dem Völkermord an den Einheimischen in der deutschen Kolonie Südwestafrika sowie im Massaker von Nanjing, das japanische Truppen 1937 an chinesischen Zivilisten begangen hatten. Außer um

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2018

Russland geht es vor allem um Vorgänge in Polen, Rumänien, Weißrussland, den baltischen Republiken und der Ukraine.

Der Verfasser versucht, die mannigfaltigen Aspekte der im Sommer 1941 beginnenden Massenmorde mithilfe einer kleinteiligen Gliederung einzufangen. Der erste Hauptteil mit 19 Kapiteln umfasst den Zeitraum von Juni bis Dezember 1941, der zweite mit 16 Kapiteln die Jahre von 1942 bis 1945. Somit geht es um die antijüdischen Pogrome beim Einmarsch der Wehrmachtstruppen, die Beteiligung der örtlichen Bevölkerung, die ersten Massenerschießungen und deren Ausweitung, die Berichte von Tätern, von Zeugen und Überlebenden, deren Aussagen der Filmemacher zu Rate zog, die er teils auch vor der Kamera befragte. Er blickt auf verschiedene Stationen des sich ständig steigernden Vernichtungswerks: Ponary, Kamenec Podolsk, Babi Yar, Lubny, die Morde in den Gaswagen, im Wald von Rumbula, im Lager Kaiserwald, bei Liebau. Der erste Teil endet mit der Anfang 1942 in deutschen Berichten niedergeschriebenen Behauptung, das Baltikum sei „judenfrei“.

Der zweite Teil setzt mit dem Porträt eines Täters ein, eines Litauers, der nach 1945 zwanzig Jahre in Sibirien verbringen musste. Prazan fragt nach den Auswirkungen der Mordtaten auf die Mörder, die teils depressiv wurden und dann um ihre Versetzung oder therapeutische Behandlung nachsuchten. Immerhin ermordeten die Einsatzgruppen in einigen Monaten mindestens 600.000, nach anderen Schätzungen rund eineinhalb Millionen Menschen.

Der Autor geht ein auf die „Aktion Reinhardt“ im besetzten Polen, die Fortsetzung des Judenmords 1942 in Weißrussland, Transnistrien, der Ukraine, betrachtet die sowjetischen Morde an Polen in Katyn. Ein „gigantisches Unternehmen“ wurde ins Werk gesetzt (S. 435) – die an zahllosen Orten hastig in Massengräbern Verscharften mussten Zwangsarbeiter wieder ausgraben und auf riesigen Scheiterhaufen verbrennen, um die Spuren des millionenfachen Mordes zu verwischen. Das Vernichtungswerk dauerte bis in die Endphase des Dritten Reichs an. Die danach unternommenen Versuche zu einer justiziellen Ahndung bedeuteten wenig angesichts der Katastrophe der europäischen Judenheit.

Auch die in Osteuropa bis heute sicht- und spürbaren Nachwirkungen der unter den Nationalsozialisten begangenen Verbrechen, die ein „Chaos“ zurückließen (S. 526), bezieht der Verfasser kurz mit ein. Einige Fotos zeigen Porträts von Haupttätern des Judenmords, und Prazan erinnert daran, dass der letzte von ihnen, Martin Sandberger, erst 2010 in biblischem Alter „in seinem Bett“ verstarb (S. 318), was all seinen Opfern nicht vergönnt war. Auf weiteren Bildern sind die Zeitzeugen zu sehen, mit denen der Autor sich getroffen hatte – und zeitgenössische, von Fotokameras festgehaltene Szenen der ungezählten Mordaktionen mit Aufnahmen, die schon andernorts publiziert wurden.

Nach Gesprächen mit einem in Tel Aviv lebenden Schulfreund stellt Prazan fest, der Genozid sei letztlich darauf zurückzuführen, dass die Nazis mit der Umsetzung ihrer rassistisch unterlegten Lebensraum-Ideologie einen „absurden und kindischen Traum verwirklichen“ wollten (S. 84). Daher verschlägt es einem noch heute die Sprache, wenn deutlich wird, dass nicht nur ganz gewöhnliche Deutsche und Österreicher, sondern ungezählte Spezialisten mit Hochschulbildung daran mitwirkten. Ohne ihre Begeisterung, ihren Eifer und ihr Pflichtbewusstsein wäre die Opferbilanz nicht dermaßen verheerend ausgefallen.

KLAUS-PETER FRIEDRICH
Marburg/Lahn

JGO 66, 2018/1, 162–165

Craig Brandist

The Dimensions of Hegemony. Language, Culture and Politics in Revolutionary Russia.

Leiden: Brill, 2015. 300 S. = Historical Materialism Book Series, 86.

ISBN: 978-90-04-23185-6.

Es ist überaus nützlich für Historiker, die sich in erster Linie auf der Grundlage von Archivmaterial faktengeschichtlich mit der Zeit der russischen Revolutionen im Jahr 1917 beschäftigen, sich dem linguokulturologischen, ideologischen Bereich der Revolution zuzuwenden, der von Craig Brandist, Professor für Kulturtheorie und Geistesgeschichte, analysiert wurde. Craig Brandist hat durch seine Werke wiederholt die Notwendigkeit der Geistesgeschichte betont, und so erschien das Buch auch passenderweise in der Serie *Historical Materialism*.

Unter dem revolutionären Russland versteht der Autor das Russland der gesellschaftlich-politischen Umwälzungen in den ersten drei Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts. Die Quellengrundlage dieses Werkes bilden Werke von Marxisten und anderen Gesellschaftswissenschaftlern jener Zeit. Im Zentrum der Monographie über das Phänomen der „Hegemonie“ stehen die Werke von Antonio Gramsci, eines Journalisten, Philosophen, Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Italiens, Begründers des „Neomarxismus“. Gramsci wurde von den UdSSR-Ideologen als Opportunist betrachtet, und sein schriftliches Werk wurde dementsprechend nur in geringen, ausgewählten Passagen veröffentlicht, dennoch galt er als „wichtiger Marxist“. Gramsci besuchte Sowjetrußland und arbeitete im Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale. Während der Inhaftierung durch die italienischen Faschisten schrieb er seine berühmten *Gefängnishefte* (1927–1937) und viele andere Werke, in denen er die Idee der Hegemonie entwickelte.

Craig Brandist zeigt die gegenseitige Beeinflussung von Gramsci und russischen Marxisten, die bedeutsamer war, als man es sich bisher vorstellen konnte (S. 10). Die Theorie von der Hegemonie als ideologischer Führung basiert auf den Ideen G. Plechanovs und P. Aksel'rods. Es ist wichtig, dass der Autor die Entwicklung der „revolutionären“ Sprache als einen Teil des allgemein-theoretischen, wissenschaftlichen, intellektuellen linguistischen Feldes des russischen Kaiserreiches betrachtet, wobei er den Marxismus dem Positivismus zuordnet. Der Autor weist darauf hin, dass sich der Apparat der Hegemonie des Bürgertums in einem kaum entwickeltem Zustand befand und der Apparat der „Arbeiter“-Hegemonie von Anfang an in einer vorteilhaften Position war (S. 224).

Da Gramsci den Marxismus für eine praktische Philosophie hielt, war für ihn die schrittweise praktische Umsetzung ideologischer Vorstellungen im Zuge der Russischen Revolution bedeutsam. Nach der Revolution standardisierte sich die politische Sprache schnell, was als ein wichtiger Beleg für die Errichtung der Hegemonie der Arbeiterklasse (d.h. in Wirklichkeit der Hegemonie der bolschewistischen Partei) zu sehen ist. Die Entwicklung des gesellschaftlichen Denkens wurde während der Sowjetzeit durch eine bedeutende Zahl (nämlich etwa 20) von dem Volkskommissariat für Bildungswesen unterstellten Forschungs-, Aufklärungs- und Propaganda-Instituten sowie von Akademien, Gesellschaften usw. vorangetrieben. In der festzustellenden sowjetischen Termini-

nologie wurde das Proletariat als Hegemon im Verhältnis zu Bauernschaft und unterdrückten Nationen betrachtet.

Das Buch besteht aus sieben Kapiteln, die der zeitlichen Abfolge und Ausrichtung der theoretischen Forschungen von Marxisten und anderen Gesellschaftswissenschaftlern folgen, die das Hegemonie-Konzept beeinflusst haben.

Die ersten Kapitel sind den theoretischen Erkenntnissen russischer Marxisten an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert und während der Revolution von 1905 gewidmet. Der Autor analysiert die Entstehung (Marx, Engels) und Entwicklung des Begriffes der Hegemonie in den Werken verschiedener Marxisten (Plechanov, Aksel'rod, Martinov, Trockij, Lenin, Bogdanov u. a.). Untersucht werden die „Quellen“ der Hegemonie-Ideen Gramscis im Bereich der Kultur, nämlich die Werke Lunačarskij, Gor'kij und Maksimovs, und zwar mit Blick auf die Ursprünge der Idee von der Notwendigkeit der Bildung einer eigenen Philosophie der Arbeiterklasse, um die „kulturelle Hegemonie des Proletariats“ zu erringen. Das Problem der Sprache als eines Instruments der Hegemonie sowie die diesbezüglichen Besonderheiten in einem multinationalen Raum werden separat betrachtet. Diese Ideen traten während der Ereignisse von 1917 bei der Bildung des „Proletkults“ zutage.

Im zweiten Kapitel werden – zur Überraschung des Lesers – so „traditionelle“ intellektuelle Schulen des späten Russischen Kaiserreiches analysiert wie die orientalistische, die philologische und die ethnophilologische. Dies stellt offenkundig den Versuch dar, den Marxismus in einen allgemeinen intellektuellen Kontext einzufügen. Die Bedeutung dieses Versuches ist klar – es geht um die Schaffung eines komplexen ideologischen und wissenschaftlichen Gesamtbildes, in das sich Russland einfügt, da auf diesem Gebiet der Ideengeschichte aus verständlichen Gründen bislang eine politisierte „sozialistische“ Herangehensweise vorherrscht. Der Autor benennt mit Recht die Probleme des Konzepts der Hegemonie im multinationalen Russland in den Werken der klassischen Geisteswissenschaftler, selbst wenn der Terminus Hegemonie in ihren Texten fehlt. In ihnen ging es um die Vorherrschaft des imperialen Staates über die Kolonien. Interessant ist hier das Sujet der Entwicklung des marxistischen Gedankens vor dem Hintergrund und unter dem Einfluss östlicher Lehren z. B. durch N. Marr, W. Rosen, A. Veselovskij und S. Ol'denburgskij.

Der Entwicklung der Hegemonie-Idee unmittelbar während der Russischen Revolution (vor allem durch das gesprochene Wort, also in verschiedenen Reden, aber auch durch Veröffentlichungen in Zeitschriften) ist das dritte Kapitel gewidmet. Im Zuge der Revolution begann sich das theoretische Konzept der Hegemonie in die Idee der realen Hegemonie des Proletariats unter der Bedingung der erheblichen Übermacht der bäuerlichen Bevölkerung zu verwandeln. Der Autor zeigt, dass sich die Entwicklung des linguistischen Feldes der Revolutionssprache auf der schwierigen Grundlage eines multinationalen, multilingualen und multikonfessionellen Staates vollzog.

Das vierte Kapitel betrachtet das „Hegemonie-Projekt“ unter den Bedingungen des notwendigen „Zusammenschlusses“ zwischen der Stadt und dem Dorf, zwischen den Arbeitern und den Bauern in der Zeit der Neuen Ökonomischen Politik (NĖP). Es ist interessant, dass es im Lehrbuch für die Geschichte der Russischen Kommunistischen Partei von G. Sinov'ev aus dem Jahr 1926 ein Kapitel gibt, das eigens der Geschichte der Idee der Hegemonie des Proletariats gewidmet ist. Brandist bringt die Idee der Hegemonie in eine Wechselbeziehung mit dem Taylorismus, mit den Versuchen, eine „wissenschaftliche Organisation der Arbeit“ während des NĖP in der UdSSR zu schaffen.

Das fünfte Kapitel vermittelt ein Bild von der Entwicklung der Linguistik in der UdSSR in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre, als – angestoßen von der Entwicklung der Psychologie und des Positivismus in den wissenschaftlichen Zentren Moskau und Leningrad – ein Umdenken bezüglich des Wesens und der Aufgaben von Sprache stattfand.

Das sechste Kapitel ist den Problemen des ideologischen Verschmelzens der Arbeiterklasse und der Bauernschaft im nationalen Sinne gewidmet. So sprach z. B. in der Ukraine das Proletariat meist Russisch, die Bauernschaft hingegen Ukrainisch. Wie der Autor darlegt, erfolgte in dieser Periode mit dem Ziel der „Kulturhegemonie des Proletariats“ eine aktive Standardisierung der Begriffe in den Turksprachen.

Das siebte Kapitel zeigt, wie, beginnend mit dem ersten Fünf-Jahres-Plan (1928–1933), das Konzept der Hegemonie vulgarisiert wurde, so dass es sich schließlich für die Ideologen der Macht als ungeeignet erwies.

Im ganzen betrachtet, trennt der Autor zwischen den Ideen Gramscis und dem radikalen Leninismus und Marxismus. Gramsci meinte, die „Bürgergesellschaft“ (als die reale Verkörperung der Hegemonie) bilde den ideologischen Überbau, während die „politische Gesellschaft“ den Staatsapparat darstelle. Die Arbeiterklasse und die kommunistische Partei müssten deshalb den Kampf nicht nur um die politische Macht, sondern auch um die Hegemonie als ideologische Herrschaft führen. Darum – so Gramsci – komme so große Bedeutung den Ideologen zu, die auch politisch aktiv seien. Demnach konnten Vorkämpfer der Hegemonie, konnten „Intellektuelle des Kampfes“ nur Theoretiker sein, die intellektuelle und praktische politische Arbeit miteinander zu verbinden in der Lage waren (Rolle der revolutionären *intelligencija*). Gramscis Ideen sind dafür geeignet, den kulturellen Autoritarismus der Macht zu bestreiten und das Erbe der Kolonialherrschaft sowie den eurozentrischen Universalismus zu überwinden. Brandist vertritt die Meinung, dass Gramsci neben einzelnen sowjetischen Denkern wie N. Bachtin und L. Wygotskij als Vorläufer eines gänzlich neuen Paradigmas aufgetreten sei, das fähig gewesen sei, den Progressivismus seiner intellektuellen Umgebung zu übertreffen (S. 223).

Im großen und ganzen ist das Werk logisch aufgebaut. Eine seiner wesentlichen Stärken stellt die Verflechtung der politischen Ereignisse mit der Entwicklung des politischen Denkens dar. Trotz des durch das Thema vorgegebenen philosophischen Ansatzes und Stils ist das Buch einfach zu lesen. Es enthält auch Informationen über die Autoren, die bisher über das ideengeschichtliche Thema gearbeitet haben. Brandist hält dabei nicht mit seiner Meinung hinter dem Berg, sondern tritt in eine Diskussion mit diesen Autoren und ihren Positionen ein. Vom Standpunkt einer „klassisch“-historischen Studie betrachtet mangelt es dem Buch an konkreten historischen Materialien, welche die Umsetzung der Hegemonie-Idee im revolutionären Russland zeigen könnten. Sehr nützlich für eine weitere Beschäftigung mit der Geschichte der revolutionären Theorie ist das Personenglossar, das 208 Namen von marxistischen Theoretikern sowie Praktikern der Revolution aus Russland und darüber hinaus umfasst.

Obwohl die Postulate der in Brandists Monographie thematisierten Theoretiker meistens veraltet sind, sind doch manche vom Autor vorgestellten Ideen Antonio Gramscis modern geblieben wie etwa dessen Überzeugung, dass die herrschende Klasse mittels der Hegemonie das gesellschaftliche Werte- und Normensystem manipulieren kann, indem sie neue Normen der Weltanschauung formuliert und das gesellschaftliche Bewusstsein in ihrem Sinne unter Druck setzt. Die Idee von der Macht ideologischer Mythen wurde durch die Erfahrungen des 20. Jahrhunderts und wird auch

in unserer Gegenwart erneut bestätigt. Manipulierte Untergebene willigen ein, ebensolche zu sein und nach den Regeln der herrschenden Macht zu handeln.

IRINA P. PAVLOVA

Krasnojarsk

JGO 66, 2018/1, 165–167

Aleksandr B. Astašov

Russkij front v 1914 – načale 1917 g. Voennyj opyt i sovremennost'.

Moskva: Novyj chronograf, 2014. 737 S., Abb. ISBN: 978-5-94881-182-6.

Das 100. Jubiläum des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges wurde von der Geschichtswissenschaft mit einer Vielzahl an Publikationen gewürdigt, die verschiedenste Aspekte dieser „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ (George F. Kennan) beleuchten und dabei dem Leser die Ereignisse des von den Zeitgenossen ehrfürchtig so genannten „Großen Krieges“ wieder in Erinnerung rufen sollten. Vor allem im heutigen Russland erlebt die Beschäftigung mit dem Ersten Weltkrieg seit fast einem Jahrzehnt eine nie dagewesene Renaissance, was nicht zuletzt der Tatsache geschuldet ist, dass von der sowjetischen Historiographie gerade dieser Weltkrieg lange vernachlässigt wurde. *A priori* als „imperialistisch“ gebrandmarkt, zog man den Ersten Weltkrieg immer dann als Negativfolie heran, wenn es darum ging, die „Große Sozialistische Oktoberrevolution“ als „Befreiung von der Geißel des Krieges“ darzustellen, wobei die zarische Militärelite – mit wenigen Ausnahmen – als soldatenfeindlich und ‚rückwärtsgewandt‘ porträtiert wurde. Die neueren russischen Darstellungen wirken diesem genuin negativen Bild entgegen und zeigen den Ersten Weltkrieg als komplexes Ereignis auf, wo Patriotismus und der Glaube an die Gerechtigkeit der eigenen Sache erst in der Schlussphase von Apathie, Ablehnung und Defätismus abgelöst wurden.

Das Buch des russischen Historikers Aleksandr Astašov über die Kriegserfahrungen an der russischen Front zwischen August 1914 und Februar 1917 ist nicht so sehr der Schilderung von großen Schlachten, strategischen Schachzügen und Lagebesprechungen von Generälen gewidmet, sondern im Mittelpunkt des Interesses stehen hier die individuell-psychologischen Auswirkungen des Krieges auf die beteiligten Soldaten und Offiziere der russischen Streitkräfte. Gerade in der Untersuchung von Mentalitäten und Verhaltensmustern der Kombattanten, in der Erforschung ihrer komplexen Gefühlswelt sieht der Autor einen Weg, um die Ereignisse des Jahres 1917 und des anschließenden Bürgerkrieges in ihrer vollen Tragweite zu verstehen. Völlig zu Recht unterstreicht Astašov die enorme psychologische Auswirkung der an der Front erfolgten Brutalisierung der Soldaten auf deren Verhalten nach dem Sturz der Autokratie sowie bereits in deren Vorfeld, wobei er nicht vergisst, auf die tiefer liegenden Mechanismen der sozialen Destruktion hinzuweisen, die den Gegensatz zwischen einfachen Soldaten und der Obrigkeit noch breiter werden ließ. An sich sind zwar sowohl die vom Autor angewandte Methodik als auch die auf ihrer Grundlage gezogenen Schlussfolgerungen nicht neu und in der westlichen Forschungsliteratur spätestens seit der Hinwendung der Geisteswissenschaften zur Kultursoziologie und Alltagsgeschichte in den sechziger

Jahren des vergangenen Jahrhunderts bekannt. In dieser Hinsicht gelingt dem Autor kein großer Wurf. Was die Arbeit von Astašov aber wirklich interessant macht, ist die enorme Anzahl an primären Quellen, die er in jahrelanger Kleinarbeit in mehreren russischen Archiven gesammelt hat, von denen vor allem die Soldatenbriefe von enormem Interesse sind. Sie vermögen das Bild des russischen Kombattanten jenseits aller Ideologien zu zeichnen, das facettenreicher und gleichzeitig widersprüchlicher ist als vielfach bisher bekannt.

Einerseits trifft man auf viele Zeugnisse des Hasses auf den Feind, den man als „brutal“, „listig“ und „ungerecht“ empfand. Vor allem die Reichsdeutschen erscheinen in den Soldatenbriefen als „Wölfe“ und „Unchristen“, die mit barbarischen Methoden Krieg führen und die sogar in Gefangenschaft „mit bösen Blicken“ ihre „unbeugsame Wut“ demonstrieren würden. Im Gegensatz z. B. zu den österreichischen Soldaten, denen gegenüber viele Russen leicht verächtliche Arroganz empfinden, und den Osmanen, die man als einen „altbekannten Feind“ charakterisierte, gegen den man seit Jahrhunderten erfolgreich Kriege geführt hatte, waren die Deutschen in den Augen russischer Kombattanten von vornherein „starrköpfig“ und „renitent“; ihre technische Überlegenheit und Schlagkraft bewunderte man gleichzeitig insgeheim. „Die verdammten Deutschen kämpfen mit Standhaftigkeit. Sogar verwundet geben die nicht auf. Wir sind gezwungen, uns den Weg mit Bajonetten und Granaten zu bahnen. Es ist einfach ein ununterbrochener Horror!“, heißt es in einem Soldatenbrief aus dem Oktober 1916. Und in einem anderen: „Wir sind sehr böse auf die Deutschen. Unsere Jungs nehmen die gar nicht gefangen, sondern stechen sie an Ort und Stelle ab, weil sie sehr starrköpfig sind und sogar dann noch feuern, wenn sie sehen, dass es gar kein Entkommen gibt“.

Andererseits sieht man auch ungeschminkt die schweren psychischen Traumata, die neben den physischen Verwundungen die russischen Soldaten quälten. Der Selbstmord erschien vielen Soldaten (und zum Teil sogar Unteroffizieren) als einziger Ausweg aus der Situation, während gleichzeitig zahlreiche Fälle von Selbstverstümmelung und Desertion das Militärkommando zu drakonischen Gegenmaßnahmen veranlassten, die nur begrenzten Erfolg hatten und die Stimmung der Soldaten noch negativer werden ließen. Depressionen, Ängste und emotionale Erschöpfung prägten den Stil von Dutzenden von Briefen, die Astašov zitiert, wobei man niemals den Eindruck hat, die Zitate seien unverbunden aneinandergereiht. Ganz im Gegenteil: Eine der Stärken der Arbeit besteht gerade in der konsequenten analytischen Ausschöpfung des illustrativen Potenzials dieser Primärquellen, die, mit offiziellen Statistiken und Berichten verknüpft, zu einer ganzheitlichen Erzählung vom Frontalltag werden.

Dagegen kann man den Ausführungen des Autors dort nicht zustimmen, wo er versucht, die Figur eines „Bürger-Soldaten“ zu konstruieren. Vereinzelte Hinweise auf die Sorge der Soldaten um den Bestand des eigenen Hofes und das Wohlergehen der eigenen Familie berechtigen noch lange nicht, daraus eine „bürgerlich-gesamtstaatliche“ Gesinnung der russischen Soldaten abzuleiten, für die in dem bis zuletzt autokratisch regierten und auf strikten Hierarchien aufbauenden zarischen Staat bei den unteren Bevölkerungsschichten viele Voraussetzungen fehlten. Die Frontunruhen Anfang 1917 wurden nicht etwa durch eine Sorge um den Bestand der Duma oder gar durch bewusstes Eintreten für demokratische Strukturen hervorgerufen, sondern waren unmittelbare Folge der schweren Niederlagen und der Kriegsmüdigkeit. Dass dem Autor, der selbst vielfach überzeugende Beweise für diese Stimmungen vorgelegt hat, dieser Widerspruch nicht aufgefallen zu sein scheint, verwundert den Leser ebenso wie der weitgehende Verzicht auf die Darstellung von komplexen Interaktionen zwischen linksliberalen und linken Akteuren im Hinterland einerseits und den Kriegs-

teilnehmern andererseits sowie von deren Wirkung auf die Stimmung in der Truppe, wo man sich immer öfter von „deutschen Spionen“ verraten fühlte, die man in der unmittelbaren Umgebung des Zaren (Stichwort Rasputin) und im Generalstab vermutete.

Insgesamt hinterlässt die Arbeit jedoch einen sehr überzeugenden Eindruck. Die Faktendichte der Darstellung sowie die Tatsache, dass der Autor die Stimme des ‚einfachen Mannes‘ mit der gesamten Palette der Emotionen der Kombattanten am Vorabend der Revolution vernehmbar werden lässt, macht das Buch zu einem wichtigen Beitrag für die Erforschung der Rolle des Ersten Weltkriegs in der russländischen Geschichte.

PETER KAISER

Freiburg i. Br.

JGO 66, 2018/1, 167–169

Verhört. Die Befragungen deutscher Generale und Offiziere durch die sowjetischen Geheimdienste 1945–1952. Hrsg. von Wassili Stepanowitsch Christoforow / Wladimir Gennadjewitsch Makarow / Matthias Uhl.
Berlin, Boston: de Gruyter, 2015. X, 467 S. = Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Moskau, 6. ISBN: 978-3-11-041604-6.

Aussagen von Soldaten des Zweiten Weltkriegs in Kriegsgefangenschaft werden seit einiger Zeit als Quellen für die Erforschung von Kriegsführung und hoher Diplomatie, von Besatzungsherrschaft und Innenleben der Wehrmacht sowie vom Alltag in beherrschten und herrschenden Gesellschaften zugänglich gemacht und analysiert. Neben Studien und Editionen, die auf westlichen Vernehmungs- und Abhörprotokollen basieren, liegen bereits einige Editionen sowjetischer Protokolle der Verhöre von deutschen Kriegsgefangenen und Internierten vor, die zusätzliches Licht auf verschiedene Großthemen der Ostfront werfen. In diese Reihe fügt sich der vorliegende Band ein, der aus einem Kooperationsprojekt des Deutschen Historischen Instituts in Moskau mit dem Archiv des Föderalen Sicherheitsdienstes (FSB) hervorging. Die gut 60 Dokumente sind hier dankenswerter Weise in aller Regel vollständig abgedruckt. Sie sind im Ganzen angemessen übersetzt und ausreichend kommentiert. Die Materialien umfassen vor allem Vernehmungsprotokolle und persönliche Aufzeichnungen von hochrangigen Kriegsgefangenen. Dazu kommen einige sowjetische Anklageschriften, die die früheren Aussagen der Vernommenen zusammenfassen. Beweismaterialien etwa in Form von deutschen Beutedokumenten brachten die Ermittler offenbar nur selten bei. Frühe sowjetische Vernehmungen von politischen und militärischen Spitzen des Dritten Reichs, die sich im Sommer 1945 in amerikanischem Gewahrsam befanden, vervollständigen den Band.

Es ist zu hoffen, dass die Auswahl tatsächlich den „Beginn einer Rekonstruktion“ darstellt (S. 43), zumal analoge russischsprachige Editionen, zum Teil aus den hier genutzten Serien, weitere Dokumente bzw. andere Auszüge präsentieren. Das gilt auch für die angegebene Parallelpublikation, die im Jahr 2009 von den beiden russischen Mitherausgebern dieser Edition verantwortet wurde (*General'y i oficery Vermachta rasskazyvajut ... Dokumenty iz sledstvennych del nemeckich vo-*

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2018

ennoplennykh 1944–1951. Moskva 2009). Die Unterschiede in Auswahl und Präsentation ergeben sich laut Herausgeber daraus, dass man sich am „unterschiedlichen Forschungsdiskurs der beiden Länder“ „orientiert“ habe (S. 44). Dies kann von Vorteil sein, da sich der Gesamtkorpus der publizierten Dokumente und Auszüge vergrößert und die Editionen mit ihren Unterschieden als Quelle zur Analyse der Geschichts- und Erinnerungspolitik genutzt werden können. Ob die Trennung den wichtigen Dialog über alte Forschungsgrenzen hinweg erleichtert und überkommene Fragestellungen und Interpretationen produktiv aufbricht, sei indes dahingestellt. Die Einleitung selbst ist für diese Frage ein ambivalenter Indikator, auch, weil sie nicht immer den aktuellen internationalen Forschungsstand aufnimmt.

Insgesamt lagern im FSB-Archiv über 30.000 Strafsakten, die deutsche Zivilisten und Kriegsgefangene betreffen. Hinsichtlich der Gruppe der Kriegsgefangenen sind darunter vor allem Akten zu den Personen, denen die Spitzen von sowjetischer Partei und Staatssicherheit besondere Bedeutung beimaßen. Auf diese Weise geben die Materialien nicht nur Auskunft über relevante Aspekte der deutsch-sowjetischen Beziehungen der dreißiger und vierziger Jahre. Sie markieren zudem besondere Interessen und Prioritäten, die die sowjetische Nachbereitung des Zweiten Weltkriegs unter den Bedingungen von Hochstalinismus und Kaltem Krieg prägte. Dabei sind die Aussagen der Gefangenen zumindest zum Teil unter immensem Druck entstanden. Zwar schließen die Herausgeber für die hier dokumentierten Verhöre physische Gewaltanwendung aus. Lange nächtliche Verhöre lassen sich jedoch auch hier nachweisen. Dazu spiegeln die Protokolle vielfach einen aggressiven Fragestil wider, mit dem die Vernehmungsoffiziere im Zweifelsfall eher darauf zielten, Bestätigungen für eigene Interpretationen und Annahmen zu erhalten. Damit war die Verhörssituation auch in den vorliegenden Fällen vielfach von wirksamen psychologischen Drohkulissen und Zermürbungstaktiken mitgeprägt (S. 15, 17, 19). In diesem Kontext ist zu erwähnen, dass die parallel zu den Ermittlungen laufenden Anwerbungsversuche von zukünftigen Repatrianten „aus Gründen des Quellenschutzes noch immer geheim gehalten“ werden (S. 44). Entsprechende Versprechungen und Verweigerungshaltungen mochten die Gesamtatmosphäre der Verhöre zusätzlich beeinflussen.

Stellt man derlei methodische Probleme in Rechnung, so hält die Sammlung für Kernfelder der Forschung nützliche Details und Hintergrundinformationen bereit. Sie können bisherige Einsichten untermauern und ausdifferenzieren. So lassen bereits Berichte der sowjetischen Sicherheitsdienste vom Sommer 1945 das prekäre Verhältnis der Alliierten zueinander erkennen. Dazu zeigten sich nationalsozialistische Größen und Militärs auch 1945 immer noch von der These eines deutschen Präventivkriegs gegen die UdSSR überzeugt. Sie waren ganz offenkundig 1941 tatsächlich davon ausgegangen, diesen Krieg zu gewinnen. Von dieser Überzeugung gingen Spitzenkräfte des Reichs zudem spät ab. Ein Keitel etwa will sich die unabwendbare Niederlage Deutschlands beispielsweise erst im Sommer 1944 eingestanden haben. Daneben gewannen die sowjetischen Vernehmer konkrete taktische militärische, rüstungstechnische oder nachrichtendienstliche Erkenntnisse, die ihrerseits für die entsprechenden Forschungen von Interesse sind. Mit knapp 40 Dokumenten schließlich ist der größte Fundus der Dokumentation den Themen Besatzungspolitik, Kriegsverbrechen und „Judenmord“ zuzurechnen (S. 219–380). Sie lassen hinsichtlich der nationalsozialistischen Besatzungspolitik und der Endziele einmal mehr Mitwisserschaft und vielfache Kooperationsbereitschaft deutscher Militärs erkennen. Ohnehin interpretierten die Befragten vielfach angebliche militärische Notwendigkeiten äußerst weit und rücksichtslos. Der „Tod einer so großen

Anzahl von Zivilpersonen“ sei „eine normale Erscheinung der Straßenkämpfe“, gab Generalleutnant Rainer Stahel im August 1945 seine Haltung als Militärkommandant während des Warschauer Aufstands wider (S. 230). Insgesamt decken die Befragungen ein breites Feld deutscher Kriegs- und Besatzungspolitik ab, einschließlich der deutschen Verbrechen gegen sowjetische Kriegsgefangene und gegen die jüdische Bevölkerung. Dass die sowjetische Straf- und Nachkriegspolitik dieses Wissen für eigene Prioritäten nutzte und dabei den Opfern und ihrem Leiden wenig Bedeutung beimaß, unterstreicht noch einmal die enge politische Anleitung der stalinistischen Justiz. Von daher verwundert es auch nicht, dass in den Verhören die Suche nach der sowjetischen Kollaboration einen eigenen Stellenwert gewann. Im Kalten Krieg waren vermutete „Fünfte Kolonnen“ und unzuverlässige Elemente im eigenen Machtbereich aufzuspüren. Es ging dabei oft weniger um die Aufklärung früherer möglicher Verbrechen, sondern darum, aktuelle Schwachstellen im sowjetischen Reich zu eliminieren. Die Vermischung von ideologischen Perzeptionen und Fokussierungen mit dem Bemühen, Fakten und Hintergründe des nationalsozialistischen Vernichtungskriegs gegen die UdSSR und ihre Bevölkerung aufzuklären, macht die gesamte Edition zu einer ebenso gehaltvollen wie schwierigen Quelle für die komplexe, multidimensionale deutsch-sowjetische Geschichte.

ANDREAS HILGER
Hamburg

JGO 66, 2018/1, 169–171

Rayk Einax

Entstalinisierung auf Weißrussisch. Krisenbewältigung, sozioökonomische Dynamik und öffentliche Mobilisierung in der Belorussischen Sowjetrepublik 1953–1965.

Wiesbaden: Harrassowitz, 2014. 443 S., 13 Abb., 3 Ktn., 14 Tab.
= Historische Belarus-Studien, 2. ISBN: 978-3-447-10275-9.

Recent years have witnessed a heightened interest in the post-Stalin period and the de-Stalinization process in the Soviet Union. Famously coined the *Thaw* by Ilya Ehrenburg and traditionally conceptualised as a period of liberalisation in the political and cultural spheres, newer studies on Gulag inmates (Miriam Dobson), the intelligentsia (Vladislav Zubok), political protests (Robert Hornsby) as well as state and society under Khrushchev (Melanie Ilić / Jeremy Smith) and de-Stalinisation (Polly Jones) have challenged this view and provided a much more nuanced interpretation of the precarious balance act of loosening the fetters of the Stalin dictatorship while containing possible consequences that could endanger the stability and security of the system.

With a case study of de-Stalinization in the Belorussian Soviet Socialist Republic (BSSR) from 1953 to 1965, Rayk Einax' book *Entstalinisierung auf Weißrussisch* aims to contribute to this growing body of literature. The book is based on extensive research in Belarus'ian archives (complemented in some cases by other researchers' documents) and structured in six empirical chapters. Einax intends to revise the concept of de-Stalinisation by analysing Khrushchev's hyperbolic campaigns on

the one hand, as well as the concrete performances and effects of the Khrushchevian modernisation process for the population on the other (p. 27). In order to do so, Einax analyses the policies and processes typically subsumed under “de-Stalinisation” such as socio-economic change, elite turnover, popular mobilization and anti-religious campaigns.

World War II was decisive to the development of the BSSR during the late- and post-Stalinist period. Einax sets the stage by analysing the sovietisation of former Polish territories on the western border, incorporated into the BSSR following WWII, and the reconstruction of a destroyed economy. While collectivization of agriculture in the new territories was hampered by popular opposition or circumvention, the general Stalinist prioritisation of industry over agriculture made Minsk the industrial powerhouse of the BSSR (p. 76). This unequal development process from an “agrarian to a (still largely agriculture-based) industrial state” (p. 165) continued far into the post-Stalin period, and while the western regions were eventually stabilised, the weak institutional outreach of the state and party in rural areas remained, an argument that Einax shows from different angles throughout his book.

The reform processes initiated by L. Beria and continued by Khrushchev following Stalin’s death and their implementation in the BSSR stand at the heart of chapters four to eight. Einax’ convincingly argues that, understood as an epoch-defining concept, “de-Stalinisation” is sensible only in retrospect and from the view of the centre, since contemporary citizens are unlikely to have felt a coherent political strategy in everyday life (p. 128). This was not least due to of the different faces of de-Stalinization that oscillated between ‘liberalising’ and restricting policies due to the (unanticipated) consequences of the reform process. Moreover, chapters four to six show that developments in the BSSR did not differ from other parts of the Soviet Union: Gulag returnees received a lukewarm welcome upon their release; the Secret Speech resulted in a wave of critical questions from local party organisations and activists; and cadre de-Stalinization in the BSSR remained slow and incomplete. The analysis of the latter is instructive and Einax vividly shows how a complex dynamic developed, directed presumably by different party fractions, internal disputes and perhaps even coincidence (p. 236).

Chapters seven and eight shift the focus from the political arena to popular opinion and everyday life in the BSSR. Dealing with a delicate research subject, Einax attempts to eke out at least some of the concerns of ordinary citizens by analysing scribbles on election ballots from 1953 through 1962, which he understands as a valve that allowed to voice discontent. This is a fruitful approach and Einax shows how popular concerns predominantly centred on material well-being, housing standards and the continuously unfulfilled promises of socialist life although the local party leadership and the Soviet system received its share of grievances (pp. 245–280). Again this is nothing new but it provides additional evidence for comparisons across the Soviet Union. The final chapter of the book is devoted to Khrushchev’s anti-religious campaigns. Einax aims to shed light on the relationship between popular religion (*Volksfrömmigkeit*) in the Belorussian countryside and the atheist state. The results of the campaign have been thoroughly researched by other scholars (e.g. Bohdan Bociurkiw) and although Einax provides an in depth study of the developments in the BSSR, there is little new information to be found.

Einax provides a rich study of the many “dilemmas of de-Stalinization” in the BSSR. It is not free from flaws, however. Firstly, it is peculiar that Einax aims to introduce cultural historical concepts such as “*Lebenswelt*” (29) into the study of the BSSR only to disregard it later (317). Secondly,

Einax' reliance on Soviet institutional sources has resulted in the reiteration of failures and deficiencies of Soviet rule in the BSSR. In addition, these sources are particularly problematic for a study of popular religion because rather than shedding light on the religious followers' sense of belief or everyday struggle with a repressive state, they largely result in the reproduction of the official Soviet view. Moreover, it would have been better to focus on the arguably huge impact that Soviet rule had on religious practices. Finally, further copy-editing would have benefited the volume by streamlining chapter length, avoiding repetitions, and including better indexing and a full bibliography. Ultimately, however, the book fills an important gap in the historiography of the BSSR and is a welcome contribution for scholars working on de-Stalinization in the Soviet Union.

CLAUS BECH HANSEN
Bonn

JGO 66, 2018/1, 171–173

Lea Prais

Displaced Persons at Home. Re fugees in the Fabric of Jewish Life in Warsaw, September 1939 – July 1942.

Transl. from the Hebrew by Naftali Greenwood.

Jerusalem: Yad Vashem Publisher, 2015. 519 S., Abb., Tab. ISBN: 978-965-308-501-5.

Nach der Eroberung Polens durch die Wehrmacht begannen die deutschen Besatzer, die jüdische Bevölkerung aus Dörfern und Kleinstädten in größere Orte und deren Judenviertel (Gettos) zu vertreiben. Viele von ihnen kamen nach Warschau, wo schon ungezählte Kriegsflüchtlinge Zuflucht gesucht hatten. Doch war hier ein erheblicher Anteil des Wohnraums zerstört worden. Für die rapide wachsende Stadtbevölkerung fehlte es an Unterkünften. Diese Notlage wurde mit der einsetzenden systematischen Vertreibung von Juden aus dem Umland von Warschau noch verschärft, wobei die jüdische Bevölkerung in einem kleinen Teil der Stadt konzentriert wurde, der mit einer Mauer umgeben wurde.

Lea Prais schildert in der Einleitung ihren persönlichen Zugang zu diesem Geschehen aus ihrer Familiengeschichte: Ein Onkel ihres Vaters, Chaim Hersch Scheuer (*1891), war im Herbst 1938 mit seiner Frau Sarah (*1898) und den Töchtern Frieda (*1927) und Mathilda aus Mainz nach Krakau vertrieben worden; niemand von ihnen sollte die deutsche Besatzung überleben. Im Grunde geht es der Verfasserin darum herauszufinden, wie die Vertriebenen mit ihrer Lage fertig wurden. Die Ergebnisse verbindet sie mit Erkenntnissen der Soziologie. Im Mittelpunkt stehen die im Titel des Buchs Genannten, die im eigenen Land unbehaust geworden waren. Es geht aber auch um diejenigen, die aus dem Deutschen Reich ins besetzte Polen – ins Exil – verschleppt wurden.

Nach einer kundigen Einführung blickt Prais kurz auf die Vertreibung vom Herbst 1938, ehe sie sich der ersten Welle von Zwangsmigrationen unter der deutschen Besatzung in Polen zuwendet. Sie zeichnet unter Berufung auf Christopher Browning und Götz Aly die gegen Polen und Juden gerichtete Vertreibungspolitik der Nationalsozialisten nach. Diese charakterisierte, dass der Verlust

der Wohnung von Beginn an fast stets mit der Beraubung und Ausplünderung der Vertriebenen verbunden war.

Prais ordnet die Vorgänge in einzelnen Ortschaften den drei Wellen von Zwangsmigrationen unter der deutschen Besatzung zu und beschreibt deren Zielsetzungen. Ihre Ergebnisse fasst sie mehrmals in Tabellen zusammen, die angesichts der insgesamt unsicheren quantitativen Basis nur Zahlen für einzelne Vertreibungsvorgänge angeben können. Zudem waren zahllose Menschen von der erzwungenen Unbehaustheit wiederholt betroffen. Angesichts der von den Besatzern im Warschauer Getto geschaffenen Zustände waren die Neuankömmlinge dort einem stetigen Verelendungsprozess ausgesetzt, dem – schon *vor* Beginn des täglichen Massenmords im Vernichtungslager Treblinka Ende Juli 1942 – Zehntausende zum Opfer fielen. Sie verschlimmerten zugleich das Los der im Getto Zusammengepferchten: „the refugee population became a millstone around the necks of the Jews of Warsaw“ (S. 198).

Dem versuchte das jüdische Warschau gegenzusteuern: mithilfe der Hauskomitees und einer Vielzahl von Hilfsorganisationen. Doch ungeachtet ihrer Unterstützung und – bis 1941 – der Hilfe des American Jewish Joint Distribution Committee war die jüdische Verwaltung des Gettos damit überfordert, das Wohlergehen der jüdischen Gettobewohner zu sichern, ja sie war nicht einmal in der Lage, die eilig eingerichteten Notaufnahmestellen auch nur mit dem Nötigsten auszustatten.

Unter den Warschauer Juden waren insbesondere die 1938 aus Deutschland Vertriebenen unbeliebt; man vermutete Spitzel, Schmuggler und Erpresser unter ihnen (S. 46–47). Im Winter 1941 gelangten mehrere Hundert aus Danzig abgeschobene Juden nach Warschau, denen Juden aus Bromberg, Elbing und anderen Orten nachfolgten (S. 145–146). Im April 1942 leiteten die deutschen Stellen Juden in mehreren Transporten aus dem Ruhrgebiet und der Region Hannover, aus Berlin und Umgebung, aus Köln und dem Raum Magdeburg ins Warschauer Getto (S. 174–175). Im Vergleich mit den sich immer brutaler gestaltenden Umständen bei der Auflösung der jüdischen Gemeinden im Warschauer Umland reisten aus Deutschland deportierte Juden – unter ihnen 101 Personen aus der traditionsreichen Gemeinde Halberstadt – unter Vorzugsbedingungen. Sie waren in einer vergleichsweise guten körperlichen Verfassung und wurden von den übrigen Getto-Insassen getrennt untergebracht. Der Judenrat hofierte die Ankömmlinge aus dem Westen. Mit ihrer Ankunft verbanden sie große Hoffnungen, sich eine neue Existenz aufzubauen, und keiner konnte ahnen, dass ihnen nicht mehr als 15 Wochen gegeben waren. Die jüdischen Deutschen gehörten zu den ersten, die ab dem 22. Juli 1942 nach Treblinka fuhren (S. 297–301).

Displaced Persons at Home ist die überarbeitete Fassung einer Dissertation an der Hebräischen Universität in Jerusalem. Die Verfasserin stützt sich auf die Überlieferung der Betroffenen und von Zeitzeugen, der beteiligten Verwaltungsstellen, der jüdischen (Untergrund-)Zeitungen und auf weitere Dokumente, zumeist aus den Beständen des israelischen Forschungsinstituts Yad Vashem, darunter zahlreiche Kopien aus anderen einschlägigen Archiven. Berücksichtigt werden Archivquellen und (bis 2013 erschienene) Literatur. Die großen Quelleneditionen der letzten Jahre, die in München und Warschau herausgekommen sind, wurden – mit Ausnahme des ersten Bands der Edition aus dem Ringelblum-Archiv – nicht herangezogen.

Abschließend ist noch auf verschiedene Unstimmigkeiten einzugehen. Die Beschreibung der administrativen Neuordnung unter dem Hitler-Regime entspricht nicht immer den geografischen und historischen Realitäten (S. 15, 77, 95). Polnische Orts- und Straßennamen werden wiederholt falsch geschrieben, etwa Piaseczno, Mszczonów, die Warschauer Żelazna- und Rymarska-Straße

(S. 133–134, 153, 156, 160). Die Übersetzung „group 13“ für die mit der Gestapo zusammenarbeitende Clique um Abraham Gancwajch (1902–1943) im Warschauer Getto ist unglücklich (S. 141). Die Ausführungen über die aus Deutschland Deportierten sind insofern nicht schlüssig (S. 178, 298), als 165 junge jüdische Männer in das Arbeitslager Treblinka verschleppt wurden, das schon seit Längerem bestand und nicht Teil des – zu diesem Zeitpunkt noch nicht errichteten – Vernichtungslagers (auch „Treblinka II“) war. Die Behauptung, die Umsetzung des nationalsozialistischen „Endlösungs“-Plans habe (erst) im Frühjahr 1942 begonnen, erstaunt (S. 12). Beim Nachweis der Quellen aus der Verwaltung wird mitunter nicht deutlich, wer sich wann genau an wen wandte (beispielsweise S. 79, Anm. 90). Eine genauere Karte der Warschauer Umlands mit den Deportationsorten fehlt, ebenso ein Stadtplan, mit dessen Hilfe die im Text erwähnten Straßennamen zu lokalisieren wären. Herkunft und Zustandekommen der in Yad Vashem archivierten Fotos lassen sich oft nicht klären, und die Zuordnung einiger der für diesen Band ausgewählten Aufnahmen ist fragwürdig, teils passt das Motiv nicht zum Untertitel (S. 124). Überdies sind einige Fotos entbehrlich, da sie bereits in früheren Veröffentlichungen erschienen sind (S. 166–168). Unter den Quellen fehlt die polnische Untergrundpresse.

Obwohl noch manche Wünsche bleiben, die bei der ersten umfassenden Studie zu diesem wichtigen Aspekt des Holocausts besser erfüllt worden wären, ist mit *Displaced Persons at Home* eine hervorragende, von den Quellen ausgehende Darstellung über das Vertreibungsgeschehen zwischen September 1939 und Juli 1942 entstanden. Dabei ist es das besondere Verdienst der Verfasserin, dass sie die in verschiedenen Sprachen vorhandenen Dokumente in ihre Untersuchung einbezogen hat, darunter auch jene auf Polnisch und Jiddisch.

KLAUS-PETER FRIEDRICH
Marburg/Lahn

JGO 66, 2018/1, 173–175

Jan Zofka

Postsowjetischer Separatismus. Die pro-russländischen Bewegungen im moldauischen Dnjestr-Tal und auf der Krim 1989–1995.

Göttingen: Wallstein, 2015. 437 S. = Moderne europäische Geschichte, 10.
ISBN: 978-3-8353-1634-8.

Die Leipziger Dissertation verfolgt zwei Ziele: Zum einen vergleicht sie die Akteure oder Organisatoren der beiden separatistischen Unternehmungen, die im Zuge des Zerfalls der Sowjetunion mit der geplanten Eingliederung ihrer jeweiligen Territorien in die neuen, unabhängig gewordenen Staaten unzufrieden waren, zum anderen setzt sie sich das Ziel, den von dem Politologen Carsten Wieland apodiktisch (zu Bosnien) formulierten Satz „Ethnische Konflikte‘ gibt es nicht“ (CARSTEN WIELAND: *Nationalstaat wider Willen*. Frankfurt/Main 2000, S. 366; Carsten Wieland relativiert seinen Satz jedoch dadurch, dass er Ethnizitätselemente als „Andockstellen für eine beschleunigte politische Mobilisierung“ (ebd.) erkennt) zu verifizieren. Jan Zofka wendet sich hier

in Anlehnung an Rogers Brubakers Abneigung gegen den *groupism* dagegen, bereits existierende Gruppen als Handelnde anzunehmen. Er dekonstruiert die beobachteten politischen Prozesse und bemüht sich, aus der Beobachtung ihrer Aktivitäten eine Interpretation abzuleiten. Dass er dabei modischerweise alle „Kausalmodelle“ hinter sich lassen will („Wie statt Warum“, S. 17), hält er zum Glück nicht durch.

Zofka macht in den beiden behandelten Territorien der Krim und der PMR (Dnestrische Moldauische Republik, oft etwas inkorrekt als „Transnistrien“ bezeichnet) unterschiedliche Trägergruppen des jeweiligen Separatismus aus. In der PMR waren es die sowjetischen industriellen Großbetriebe, geführt von meist nicht aus der Region stammenden Direktoren mit „All-Unions-Lebensläufen“, die die pro-rumänischen Sprachenerlasse zum Anlass nahmen, eine von „oben“ gesteuerte Streikpolitik zur Erhaltung der sowjetischen Strukturen einzuleiten. Sie beschränkten sich nicht auf gewaltfreie Aktionen, sondern bildeten Milizen, deren Mitglieder auch aus anderen Teilen der noch bestehenden Sowjetunion angereist kamen, um ein System zu verteidigen, das sie durch die neue Politik gefährdet sahen. Es waren damit *homines sovietici*, die sich gegen eine in ihren Augen ‚reaktionäre‘ und schädliche Politik wandten.

Eine zu Recht klare Absage erteilt der Verfasser der These, die „Transnistrier“ seien ‚ethnische‘ Russen gewesen, die sich gegen die „Moldauer“ gestellt hätten – er kann recht gut belegen, dass die unter „Internationalismus“ firmierende Bevorzugung der russischen Sprache sich tatsächlich auf das als Mittel der Kommunikation zwischen den Nationalitäten bewährte „überrepublikanische“ Russisch bezog, welches in den zusammengewürfelten Arbeitskollektiven des Dnestr-Tales vorherrschte. Entsprechend hält Zofka die Betriebe für die eigentlichen Organisatoren des PMR-Separatismus, mit dem sie sich auch erfolgreich gegen die oberen Ränge der Parteihierarchie stellten, die in den Arbeitskollektiven einen Machtkonkurrenten erblickten.

Der PMR-Separatismus lief damit „nicht entlang (abstrakter) nationaler Linien, sondern über Betriebe und andere Sozialisationszusammenhänge“ (S. 278). Dazu gehörten die lokalen Parteikomitees, die kommunalen Organe und eben die Betriebe als Lebensmittelpunkte der Einwohner. Der Konflikt verschärfte sich im Gefolge des Moskauer August-Putsches 1991 und wurde anschließend – nicht zuletzt durch die Aktivitäten eines „Frauenstreikkomitees“ – radikaler und schließlich (im Kurzkrieg um Bendery) auch gewalttätiger.

Im Gegensatz zur PMR macht Zofka nicht die sowjetischen Machtstrukturen, sondern ein „Milieu von Aktivisten, die sich in der informellen Bewegung der Perestrojka politisiert hatten“ (S. 397), als Verfechter eines pro-russländischen Krim-Separatismus aus. Personale Netzwerke aus Universitäten, Kleinbetrieben und Afghanistan-Veteranen bildeten den Kern, Repräsentanten der sowjetischen Nomenklatura waren kaum vertreten. Es ging auch hier nicht um „Ethnizität“, sondern um eine mögliche Verbesserung des Lebensstandards durch einen Zuwachs an Souveränität. Dass einzelne Repräsentanten aus der Bewegung persönlichen wirtschaftlichen Profit ziehen wollten und auf eine politische Karriere hofften (was für die PMR-Aktivisten keine Rolle zu spielen schien), passte dazu. Der Verfasser kann sogar belegen, dass selbst in stärker russifizierten Gegenden (als Beispiel wird das nördliche Krasnoperekopsk angeführt) das Interesse an einer Aufrechterhaltung der Verbindung in die nahe Ukraine stärker ausgebildet war, wenn man sich davon bessere Resultate erhoffte. Die fehlende Unterstützung aus der Gesamtunion, die es zur Zeit der „Blüte“ des Krim-Separatismus nicht mehr gab, und das Ausbleiben der erwarteten Erfolge ließen diesen ersten Versuch der Abspaltung bald in Bedeutungslosigkeit versickern.

Beeindruckend, aber ungleichgewichtig ist das Quellenkorpus, auf welches sich Jan Zofka stützt. So konnten zur Krim (auch inoffizielle) Archivalien auf der Halbinsel und in Moskau eingesehen werden, während dies zur PMR nicht möglich war. Ausgeglichen wird dies partiell durch die Nutzung von Publikationen (lokalen Zeitungen und Flugblättern) und 35 Interviews (aus beiden Gebieten), sowie durch die Einbeziehung der inzwischen umfangreichen Literatur.

Die soziale Aufschlüsselung der PMR-Befürworter – der verwendete Begriff der „Kollektivbiographie des Dnjestr-Separatismus“ (S. 229) erscheint ein wenig zu anspruchsvoll – erfolgt zunächst über die ermittelten Persönlichkeiten, dann aber über ein „Gedenkbuch für die Verteidiger von Pridnestrov'e“ (ab S. 260), was insofern problematisch ist, als darin nur die Gefallenen aufgeführt sind und Zofka der *class-bias* im Krieg bewusst ist – es sterben eher nicht die Angehörigen der jeweiligen Eliten.

Wenn man die sowjetisch kreierte Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur in der PMR („Soviet Legacies“, S. 59) ebenso als Ausgangsbilanz verwendet wie die „Krim als Geschichtsregion“ (S. 85), dann kann man zwar allgemein von „Mobilisierungsressourcen“ sprechen, wie dies die soziologische Bewegungsforschung gern tut, der sich der Verfasser verpflichtet fühlt. Zofka kann tatsächlich belegen, dass sich in den beiden untersuchten Fällen keine präexistenten nationalen Gruppen zum Widerstand formierten, sondern dass diese Gruppen erst im Zuge ihrer Mobilisierung zueinander fanden, aber er kann dann eine *ad hoc* konstruierte glaubhafte „Ethnizität“ – jenseits eines kulturalistischen *ethnic turn* – nicht völlig in Abrede stellen. In der PMR rationalisierte man so die neu entstandene Gemeinschaft. Da auch „Ethnizität“ stets ein Konstrukt ist, geht es also eigentlich nur um den Zeitpunkt der Konstruktion der neuen Entität. Im Übrigen wäre die Aussagekraft seiner beiden überzeugenden Beispiele für andere Konflikte zu hinterfragen. Zwar ist auch etwa die tschetschenische ethnische Konstruktion etwas höchst Problematisches, aber sie besitzt für ihre Verfechter eine Überzeugungskraft, die zwar wissenschaftlicher Überprüfung kaum standhält, sie aber deshalb nicht etwa in ihrer ‚Wirksamkeit‘ einschränkt.

Ungeachtet dessen ist die vorgelegte, von der DGO mit dem Promotionspreis ausgezeichnete Arbeit eine glänzende Leistung, die vor allem für die PMR tief in die Mobilisierungsstrukturen des Separatismus eindringt und damit (anders als im Falle der Krim, wo die späteren Entwicklungen anders gelagert waren) auch die gegenwärtige Situation erklärt.

FRANK GOLCZEWSKI
Hamburg



JGO 66, 2018/1, 176–179

Corinna Kuhr-Korolev

Gerechtigkeit und Herrschaft. Von der Sowjetunion zum Neuen Russland.

Paderborn [usw.]: Schöningh, 2013. 246 S. = Kulturen der Gerechtigkeit, 10.

ISBN: 978-3-506-77864-2.

On February 23rd 2012, Berlin held a memorial ceremony in honour of the ten victims (of Turkish and Greek origin) of the right-wing terrorism carried out 13 years earlier by the neo-Nazi National Socialist Underground (NSU). For years, the victims' families had been forced to fight to uncover the reasons behind the series of murders, only to be faced with the enforcement agencies' inaction and silence. The victims were even suspected of involvement in the drug trade and mafia connections. In many instances, the police and the secret services were proven to have acted hypocritically and concealed information. Should we consider this scandal a glitch in the functioning of the modern law-based state and Western democracy? And what about the justice proclaimed towards the liberal subject in Europe if that subject is not white and male?

The matter of justice is often defined by insider or outsider views of violated rights. What is imperceptible to the insider often appears obvious to the outsider. It is the blending of these frames of perception that defines the strengths and weaknesses of the book by Corinna Kuhr-Korolev, who has carried out a detailed historical analysis of the culture of justice in the USSR, from the Gorbachev years to the Putin era. This is the first comprehensive study of Russia's contemporary history, which will become a starting point for future research for many years to come. As an insider, the author (who has lived for many years in Russia) gives a strong voice to those who fight for human dignity, presents a variety of everyday conflicts and forms of (extra-)judicial conflict resolution, and explains the world of complex interactions between the rulers and the ruled, including careful translations of common terms for readers. As an outsider, the author continues the "Western" intellectual, liberal tradition of seeing Russia as an anti-law, anti-democratic, criminal and corrupt state and society in contrast to "civilized" Europe. This perspective helps shift the analytical focus from recognizing individuality to affirming communal structures of social integration, from institutional normativity to the sphere of informality and unwritten rules, from subjects' legal practices to the opposition between state and society, from legal procedures and the use of the law "from below" to a static search for the regime's "pros" and "cons". As a result, the book predicts the downfall of the existing political order in contemporary Russia, despite its argument that the mechanisms of upholding justice through the personification of the state, which utilize appeals and complaints to the state leadership, have ensured a line of continuity during changes of regime and have supported the reproduction of an undemocratic order over the last several centuries.

The author defines the subject of her study as the set of ideas about what constitutes a just political order and just rule that Russian society bears within itself. It was particularly during the age of Glasnost, as the author demonstrates, that mass discontent with the principles of justice became the driving force of Perestroika.

In the first chapter, the author suggests interpreting the stability and collapse of the Soviet state through the prism of conceptions of justice. For a long time, the idea that social justice would be victorious with the coming of communism served as the legitimizing factor for the USSR. The

most common channel for localizing public dissatisfaction and asserting justice was appeals to state authorities. Negotiations over justice were possible exclusively about specific topics involving consumption and the improvement of everyday life, but could not touch on the foundations of political legitimacy. Kuhr-Korolev skilfully reconstructs the emergence of the public sphere of Perestroika, in which people felt the expansion of the borders of permitted speech through the developing discourse of rights and justice, active struggle with manifestations of illegality and the outward displacement of decades of accumulated anger. The entire country was involved in a wave of scandals testing its collective power in dethroning officials and standing up for individual interests. Scandals on the scale of the entire Soviet Union included financial machinations in Moscow's central supermarkets and the so-called "Cotton Affair", which uncovered mafia structures and their links to the political elite. The arrests of Gdlian and Ivanov, investigators into the Cotton Affair, drew a symbolic boundary for the imposition of justice. It ended where it came into conflict with the interests of the ruling class.

The second chapter focuses on the question of political justice demanded by dissenters or dissidents. These did not constitute a single group and could be broadly divided into "Westernizers" (who emphasized the individual's value, dignity and personal freedom) and "Slavophiles" (who valued the collective, the union of the individual with the nation, and national traditions). The author examines in detail the argument between Sakharov and Solzhenitsyn in the form of open letters to each other and to the Soviet leadership. Through samizdat they laid the foundations of an intellectual tradition of describing the unlawful nature of the Soviet state and questioned the legitimacy of Soviet power. To dissidents, social issues were secondary. They were united by the primacy of spiritual values and the dismissal of the masses' material needs. They believed in the ideal of the "Human with a capital H", who would value above all the individual's personal dignity, not their public recognition, status and honour.

Debates over privilege as one of the drivers of Perestroika are at the heart of the third chapter. Given mass expectations of universal social equality, the population simultaneously demanded the realization of the principle of justice associated with individual contributions to the country's welfare. Overall, the author demonstrates the violation of the social contract which served as the basis of the people's acceptance of the Soviet regime at least as far back as the Brezhnev era. Firstly, while material conditions did improve for the populace, social welfare suffered from its poor quality and lack of resources, which led to the problem of growing social inequality. Secondly, the absence of a differentiated salary system and a clear mechanism for receiving privileges based on just rewards for workplace achievements, as well as pitiful living conditions, led to unrest, especially among the young and educated postwar generation. Most letters from citizens lacked any criticism whatsoever of the political order. The author draws the significant conclusion that even during Perestroika there was a language policy of permitted discussion and acceptable topics for public communication on social justice.

The fourth chapter covers the 1990s, from the collapse of the USSR to Putin's rise to power. The August putsch represented the sun setting on the Soviet era and the affirmation of the presidency of Ieltsin, who had built his popularity through his juxtaposition with all that was Soviet. On the one hand, he was a guarantor of democratic transformation. On the other, the expansion of the president's rights threatened the establishment of a democratic legitimization of the state through the parliament and the constitution. The sociological surveys cited by the author confirm the public's

minimal interest in political justice as opposed to its high expectations of social justice, which were ignored by Ieltsin and would later be placed at the heart of Putin's policy. The ideal of the paternalistic state responsible for caring for its citizens explains the phenomenon of nostalgia for the Soviet past, which gave pride of place to the principles of social equality and a strong, personified regime. Attempts to conduct economic reforms led to an increase in inequality and the destruction of faith in a just order. With little public trust in the legal system, and the population's feeling that lawlessness and arbitrariness were rife, vigilantism and legal uncertainty received a new lease of life, which ultimately reinforced hopes for the "strong arm" of the state.

The fifth chapter deals with the period from Putin's ascent to power to virtually the present day. With the strengthening of the "power vertical" and the "dictatorship of law", there is a renewed stress on social justice: that is, regular payment of salaries and pensions, alongside citizens' rights to rest and work, medical care and education, all of which had been basic entitlements since the days of Stalin's 1936 Constitution. In this way, the Putin government established lines of succession from the Bolshevik propaganda state. The Putin cult serves as the source of state legitimation. The ideals of a strong state and security were put in opposition to the pluralization of the political system, reforms, and the fortification of the democratic foundations of the state. The human rights discourse was marginalized. Advocates of human rights were declared enemies. The opposition was terrorized and muscled out of the public space. All of this took place against the background of excluding Putin and Medvedev from the domain of criticism and the amplification of the discourse of gratitude to the nation's leaders. In representing the state as a healthy body and the opposition as bacteria threatening the country's unity, the president appears as a healer bringing salvation. As it did after World War II, Russia has once again announced its global mission of preserving peace on earth. What is new for contemporary Russia is its reliance on the Russian Orthodox Church, which supports the perception that the regime possesses the divine right of kings and demands obedience to the president as the supreme guarantor of justice. The idea of the strong state, the author concludes, has vanquished the idea of justice.

The book makes for stimulating reading, opening up many new avenues of investigation. Firstly, this monograph will inspire studies of both the emotional experience of injustice and how such experience is processed and expressed by individuals and within families, taking into account generational and gender perspectives. Secondly, questions surrounding the search for justice will put several important topics on the research agenda, including state policies of stigmatizing deviant behaviour and drawing official boundaries for permissible discourse and behaviour through psychiatric stigmatization of persons inconvenient to the regime. The process of tearing off the masks of a "madman", "muckraker", or "deviant", which were forcibly imposed on citizens by the security and healthcare agencies, must become an integral part of the analysis of the transformation of (post-)Soviet subjectivity. Thirdly, since Russia is a multi-ethnic and multinational state, our analyses must distinguish between different republics where customary practices and written law are enforced or compete with each other in a variety of ways.

By introducing new sources from the Russian archives, the author transcends the gap between theoretical and empirical levels of research on justice. This concerns above all collections of letters to the people's deputies of the Supreme Soviet of the USSR, which facilitate the analysis of popular conceptions of justice and responses to injustice. However, letters to the regime were not the sole instrument for upholding justice. As Jane Burbank argued in her excellent study, *Russian Peasants*

Go to Court: Legal Culture in the Countryside, 1905–1917, without analyses of courts at the base level, it is impossible to comprehend practices of struggling for justice and to understand the law as a way to resolve conflicts. We need to see justice as a procedure of multiple written laws, a set of institutions and (in-)formal interactions, and as a social practice driven by the desire of individuals for legal means of settling disputes. This everyday legal life was a part of the USSR's unconscious history which should be explored further by historians. The very fact of such large-scale mobilization of the population by including it in the discourses and practices of rendering justice and unmasking injustice brings late 20th-century Russia into the rapidly burgeoning field of human rights history. And this long history of Russian citizens as legal and civil subjects begins far before Perestroika, which demands that scholars' distance themselves from (Western) representations of Russia as a backward and lawless country.

ALEXEY TIKHOMIROV
Bielefeld

JGO 66, 2018/1, 179–181

Aliaksandr Dalhouski

Tschernobyl in Belarus. Ökologische Krise und sozialer Kompromiss (1986–1996).

Wiesbaden: Harrassowitz, 2015. 220 S., 16 Abb., 2 Graph., 2 Ktn.

= Historische Belarus-Studien, 4. ISBN: 978-3-447-10415-9.

Die Nuklearkatastrophe von Tschernobyl gehört zweifellos zu den Schlüsselereignissen der späten Sowjetgeschichte. So vielfältig wie die Spekulationen über gesellschaftspolitische, ökologische, ökonomische oder gesundheitliche Langzeitfolgen sind, so reichhaltig präsentiert sich die Forschungslandschaft rund um den ersten atomaren Super-GAU der Geschichte. Aliaksandr Dalhouski nimmt in seiner Monographie, die aus einer 2012 an der Justus-Liebig-Universität Gießen verteidigten Dissertation hervorgegangen ist, mit Gomel' und Mogilev die zwei weißrussischen Regionen in den Fokus, die 1986 am stärksten durch radioaktiven Fallout kontaminiert wurden. Mittels hermeneutischer Analysen von typisch sowjetischen Petitionen, den sogenannten Eingaben, fragt der Autor nach dem „Wandel in den Eingabeinhalten und -praktiken“ (S. 26). Davon ausgehend, dass „Loyalität als Gegenleistung für die Absicherung eines gewissen Wohlergehens“ (S. 30) in einem fiktiven Vertrag zwischen dem Staat und seinen Bürgern laufend neu ausgehandelt wird, will der Autor „den Inhalt des ‚Sozialkontraktes von Tschernobyl‘, dessen Dynamik sowie die durch das Eingabewesen eröffneten Einflussmöglichkeiten der betroffenen Bevölkerung auf dessen Konditionen“ (S. 31) untersuchen. Dabei geht Dalhouski von der These aus, dass „im Laufe der Entwicklungen“ (S. 26) immer weniger vom offiziellen Weg über das Beschwerderecht Gebrauch gemacht wurde. Tschernobyl entwickelte sich stattdessen zu einem wichtigen Thema einer zunehmend öffentlich geführten und von politischen Parteien geprägten Debatte. Diese Entwicklung wurde allerdings nach 1991, „mit der Herausbildung des autoritären Regimes“ (S. 26), stark gebremst. Um dem An-

spruch einer gesellschaftsgeschichtlichen Studie über einen Zeitraum von zehn Jahren gerecht zu werden, beschränkt sich *Tschernobyl in Belarus* deshalb nicht auf einen regionalen Zuschnitt, sondern vermittelt in vergleichsweise kurzen Kapiteln auch einen Eindruck davon, wie Tschernobyl als „nationale Tragödie“ Weißrusslands inszeniert, instrumentalisiert und – nach dem Zerfall der Sowjetunion – ignoriert wurde.

Die sorgfältig recherchierten Eingaben, Sammelpetitionen und Leserbriefe von Betroffenen, die ihre Fragen, Probleme und Bedürfnisse an lokale, nationale und teilweise unionsweite Behörden und Medien herantrugen, fügen sich, ergänzt durch eine auf Stichproben gestützte Medienanalyse, zu einem stabilen empirischen Fundament zusammen. Darauf baut Dalhouski seine Darstellung von Tendenzen in der Tschernobyl-Wahrnehmung der Betroffenen auf. Für die schwerpunktmäßig untersuchten ersten Jahre nach der Reaktorexpllosion extrapoliert die Studie die Forderung nach infrastrukturellen Maßnahmen und – immer wieder – nach Ersatzwohnraum als Hauptanliegen der Beschwerdeführer. Aus dieser Darstellung wird einmal mehr ersichtlich, wie die nukleare Katastrophe zahlreiche ohnehin schon drückende Probleme in der Weißrussischen Sozialistischen Sowjetrepublik (BSSR) potenzierte. Mit den nach Tschernobyl notwendig gewordenen Evakuierungen in großen Teilen der Bezirke Gomel' und Mogilev vertiefte sich die längst bestehende Kluft zwischen dem Bedürfnis nach minimalem Lebensstandard, insbesondere im Wohnbereich, und der erlebten Realität in der BSSR. Die analysierten Eingaben lassen erahnen, wie sich die sowjetische Zerfallskrise Ende der 1980er-Jahre unter der schweren Last des Super-GAU von Tschernobyl immer mehr zuspitzte. Der Autor erörtert in einem Kapitel zu den letzten Jahren der Sowjetunion, dass dabei nicht zuletzt ein bewusster Aneignungsprozess der weißrussischen Nationalbewegung große Wirkmacht entfaltete. Die immer weiter ausgreifenden Risse im politischen System und die erstarkende nationalistische Weißrussische Volksfront (BNF), boten den Hintergrund, vor dem die Anliegen und Forderungen der Tschernobyl-Betroffenen zu Massenphänomenen anwuchsen. Von 1989 bis 1991 entwickelte die weißrussische Unabhängigkeitsbewegung aus ökologischen, medizinischen und sozialen Katastrophenfolgen ein tragfähiges argumentatives Instrumentarium gegen einen Verbleib der BSSR in der Sowjetunion. Hierbei kam dem Reaktorunfall enorme symbolische Bedeutung zu; befand sich doch der Unfallherd außerhalb der Republiksgrenze. Leicht ließ sich Tschernobyl als exogene Tragödie deuten, an der die Sowjetunion und insbesondere die Moskauer Zentrale Schuld trug, während die weißrussische Bevölkerung am meisten darunter litt.

Ebenso schnell, wie Tschernobyl als massenwirksames Argument für die weißrussische Unabhängigkeit auftauchte, wurde die Diskussion seiner Folgen nach 1991 von anderen Problemen verdrängt. Dieser Prozess der erneuten, zumindest teilweisen Verdrängung von Tschernobyl bleibt in der Studie jedoch unterbeleuchtet. Während die Aushandlung eines „sozialen Kompromisses“ für die unmittelbaren Folgejahre der Reaktorkatastrophe sehr detailliert beschrieben, nachvollziehbar analysiert und hinreichend empirisch unterfüttert wird, bleiben die Befunde für die neunziger Jahre hypothetisch.

Die Folgerungen, die Dalhouski zum ersten Jahrfünft der gesellschaftlichen Tschernobyl-Rezeption zieht, sind schlüssig: Der Autor bezeichnet die BSSR in den unmittelbaren Folgejahren des Super-GAU als „eine Republik der benachteiligten Beschwerdeführer“ (S. 191) und betont, dass das sowjetische Eingabesystem überwiegend dazu genutzt wurde, materielle Kompensationen für Schäden zu fordern, die sich aus der radioaktiven Kontamination und aus Maßnahmen zu deren Handhabung ergeben hatten. Ab 1989 macht Dalhouski nicht zuletzt die „Demokratisierung des

Informationsraums“ (S. 193) im Zuge von Glasnost' und Perestrojka als Bedingung für eine breitere und viel stärker gesellschaftspolitisch aufgeladene Tschernobyl-Diskussion aus.

Insgesamt hinterlässt *Tschernobyl in Belarus* einen ambivalenten Eindruck. Einerseits erschließt die Studie dank adäquater Quellenauswahl und -arbeit ein überzeugendes und anschauliches Bild der Kommunikation zwischen Betroffenen und politischen Behörden in den fünf Jahren nach der Katastrophe. Die ausgewerteten Eingaben bieten sehr spannende und lesenswerte Einblicke in Sorgen, Ängste und Bedürfnisse, die Tschernobyl in Teilen der weißrussischen Bevölkerung ausgelöst oder katalysiert hat. Andererseits fehlt der Studie eine ebenso detaillierte Untersuchung von ähnlichen Prozessen in den ersten Jahren der weißrussischen Unabhängigkeit. Durch die resümierenden Absätze, die jedes Kapitel abschließen, und das als Zusammenfassung organisierte Schlusskapitel ergeben sich außerdem einige inhaltliche Redundanzen. Schließlich stellt sich die Frage, ob die oberflächlich erörterte Sozialkontrakt-Theorie dem Gegenstand tatsächlich Erkenntnisse abgewinnt, die über die quellenimmanente Analyse hinausgehen. Da der Autor mit dem Eingabewesen zweifellos einen spannenden und wichtigen Aspekt der Tschernobyl-Geschichte in den Blick genommen hat, sollte die vorliegende Studie nicht als abschließend betrachtet werden, sondern vielmehr zu weiterführender Forschung anregen. Trotz der skizzierten Mängel, liegt mit *Tschernobyl in Belarus* eine sinnvolle und anregende Ergänzung zur bisherigen Tschernobyl-Historiographie vor. Über das weißrussische Beschwerdewesen macht die Studie Akteure und Aspekte rund um den Umgang mit der Katastrophe sichtbar, die zweifellos große Aufmerksamkeit verdient haben. Die vorliegende Arbeit trägt damit dazu bei, einige der weiterhin zahlreichen Leerstellen in der facettenreichen Geschichte der Reaktorexpllosion und seiner Folgen zu füllen.

FABIAN LÜSCHER

Bern

Außerdem wurden in recensio.net Besprechungen in rein elektronischer Form als jgo.ereviews 2017, 3 zu folgenden Büchern veröffentlicht:

Jahrbuch Polen 27 (2016): Minderheiten / Hrsg. vom Deutschen Polen-Institut, Darmstadt. (MARK BRÜGGEMANN)

Rainer Bendel, Norbert Spannenberger: Katholische Aufklärung und Josephinismus. Rezeptionsformen in Ostmittel- und Südosteuropa. (OANA SORESCU-IUDEAN)

Katrin Boeckh, Oleh Turij: Religiöse Pluralität als Faktor des Politischen in der Ukraine. (BORIS KIRILLOVIČ KNORRE)

Thomas M. Bohn, Rayk Einax, Michel Abeßer: De-Stalinization Reconsidered. Persistence and Change in the Soviet Union. (WOLFRAM VON SCHELIHA)

Annina Cavelti Kee: Kultureller Nationalismus und Religion. Nationsbildung am Fallbeispiel Irland mit Vergleichen zu Preussisch-Polen. (JELENA ĐUREINOVIĆ)

Corine Defrance, Michael Kißener, Jan Kusber: Deutschland – Frankreich – Polen seit 1945. Transfer und Kooperation. (TOBIAS WEGER)